

**Beiträge  
zu aktuellen  
Fragen der  
Flüchtlingspolitik**



Politik  
sa

# Sa it loud!

Beiträge zu aktuellen Fragen  
der Flüchtlingspolitik

Herausgeberinnen  
Grüne Bildungswerkstatt Wien  
Plattform für eine menschliche Asylpolitik

S  
PIT  
TEL  
BERG  
VERLAG

# INHALT

## Impressum

ISBN: 978-3-903077-15-7

© 2023 Grüne Bildungswerkstatt Wien &  
Plattform für eine menschliche Asylpolitik  
erschienen im Spittelberg Verlag  
A-1070 Wien, Spittelberggasse 20  
Alle Rechte vorbehalten

Herausgeberinnen: Grüne Bildungswerkstatt Wien, Plattform  
für eine menschliche Asylpolitik

Redaktion: Angelika Koller  
Layout: Grafix & Design – Brigitte Lang  
Herstellungsort: Wien | Gedruckt in der EU

Besuchen Sie uns im Internet:  
menschliche-asylpolitik.at | wien.gbw.at  
www.spittelberg-verlag.at

<b>Vorwort der GBW Wien</b>   Elisabeth Kittl	7
<b>Vorwort der Plattform für eine menschliche Asylpolitik</b>   Erich Fenninger	9
<b>Say it loud! Eine laute Zivilgesellschaft</b>   David Albrich, Judith Ranftler	13
<b>Lesbos, wo Europa die Rechte der Menschen zu Grabe trägt</b>   Doro Blancke	19
<b>Können wir von Geflüchteten lernen, anzukommen?</b>   Ronny Kokert	31
<b>Kampf um die Bedeutung des Solidaritätsjahres 2015</b>   Susanne Scholl	39
<b>Wider Pushbacks und Grenzgewalt in der EU: Eine Rückbesinnung auf mehr Rechtsstaatlichkeit</b>   Stephan Handl	45
<b>Wieso wir nicht aufgeben dürfen: Humanitärer Widerstand an den EU-Außengrenzen</b>   Petar Rosandić	55
<b>Warum ich mich hier zuhause fühle und dort nicht</b>   Tina im Gespräch mit Angelika Koller	63
<b>Globale Klimaerwärmung und die Flucht vor anthropogenen Naturkatastrophen</b>   Andreas Weber	69
<b>Klimawandel, Migration und Flucht in der Politik: Meine Empfehlungen an eine fiktive Außenministerin</b>   Sarah Nash	89
Kurzbiografien	99



## Vorwort

DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT WIEN

Die Zeiten, die Gesellschaft, die Politik ändern sich permanent. Nicht immer zum Guten. Demokratie ist überall auf der Welt rückläufig. Illiberale und nationalistische Regierungen werden mehr, in unserer unmittelbaren Umgebung. Flucht kann jeder und jedem von uns passieren. Sei es, weil wir die falschen Menschen lieben, für Demokratie kämpfen oder simpel eine Brille tragen.

Niemand hat Einfluss darauf, wo sie oder er geboren ist. Der Geburtsort ist reines Glück, aber er ist entweder mit Freiheit und Privilegien oder mit Unterdrückung und existenziellen Bedrohungen verbunden.

„Say it loud!“ als Titel für Gesprächsreihe und Buch ist passend gewählt. Denn die Stimmen der Menschen, die flüchten müssen, und derer, die sich mit und für sie einsetzen, brauchen mehr Raum, um wahrgenommen zu werden. Sie werden durch die ungleiche mediale Unterstützung der Populist:innen, die gegen Migration und Inklusion schreien, weit weniger gehört. Das macht den Diskurs rassistisch, inhuman und unsolidarisch.

Das wollen wir, die *Grüne Bildungswerkstatt Wien*, gemeinsam mit der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik* und der *Volkshilfe* ändern und den Diskurs in Richtung Menschlichkeit drehen.

Ohne Ton, aber nicht minder laut widmet sich daher dieses Buch dem Thema der Gesprächsreihe und bereichert sie um

analysierende Stimmen. Die Beiträge klagen eine Flüchtlingspolitik an, die entmenschlicht und oft auch ungesetzlich ist, genauso wie fehlende globale Verantwortungsübernahme. Sie zeugen aber auch von unzähligen helfenden Händen, offenen Herzen und rauchenden Köpfen. Von Menschen, die sich für eine würdige Flüchtlingspolitik einsetzen.

Diese Stimmen halten wir fest und verstärken sie. Es braucht sie, um den gesellschaftlichen Diskurs über Flucht und Aufnahme zu bereichern und ins Positive zu übersetzen.

Der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik*, namentlich Judith Ranftler, danken wir für diese wichtige Initiative „Say it loud!“.

**Elisabeth Kittl**

*Obfrau Grüne Bildungswerkstatt Wien*



Foto: Johannes Zinner

## Vorwort

DER PLATTFORM FÜR EINE MENSCHLICHE ASYLPOLITIK

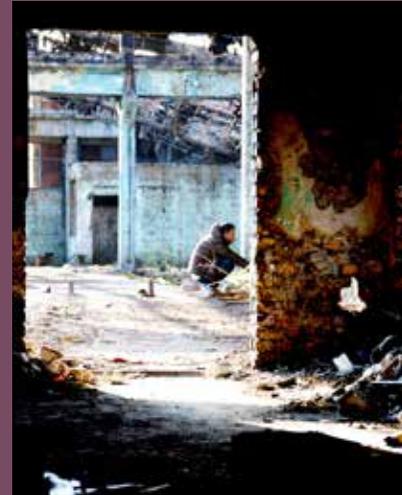
In unruhigen Zeiten ist es wichtig, das Gespräch zu suchen. Es ist wichtig, sich Partner:innen zu suchen und Grenzen auszuloten. All das wurde auf Initiative der Plattform mit den „Say it loud!“-Gesprächen gemacht. Mit spannenden Gästen und Themen, die uns in der Plattform, aber auch darüber hinaus viele engagierte Menschen und Aktivist:innen beschäftigen. Der rote Faden ist der Mensch an sich und die Menschlichkeit über alle scheinbaren Grenzen und Barrieren hinweg.

Mit dieser Publikation beschreiten wir neue Wege. Denn es sollen nicht nur die bisherigen Gespräche dokumentiert und damit im wahrsten Sinn des Wortes festgehalten werden, sondern auch noch zusätzliche, vertiefende Gedanken zu den Herausforderungen unserer Zeit publiziert werden.

Ich danke der *Grünen Bildungswerkstatt Wien* für die Unterstützung und hoffe, dass diese erste Publikation der Beginn einer Reihe wird, die unterschiedliche Blicke auf unser Zusammenleben und die Herausforderungen unserer Zeit wirft.

**Erich Fenninger**

*Sprecher der Plattform für eine menschliche Asylpolitik  
Direktor der Volkshilfe Österreich*



# Say it loud! – Eine laute Zivilgesellschaft in einem Zeitalter der Katastrophen

DAVID ALBRICH UND JUDITH RANFTLER

Wir leben in Österreich eine ungemein aktive und lebendige Zivilgesellschaft, die selbstbewusst für Demokratie, Menschlichkeit und die Bewahrung unseres Ökosystems kämpft. Eine Zivilgesellschaft, die sich nicht zum Schweigen bringen lässt, sich mutig an vorherrschenden Meinungen und Regierungspolitiken reibt, auch unangenehme Wahrheiten ausspricht und Lösungen vorschlägt. Wir versuchen in Zeiten gewaltiger globaler Herausforderungen unermüdlich Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und damit Verhältnisse aufzubereiten, in der eine solidarische Welt ohne wirtschaftliche Ungleichheiten, Krieg, Unterdrückung und Umweltzerstörung erst möglich wird.

Oft fehlt es in der Hitze des Gefechts, beim Lauf von einem Protest zum nächsten, angesichts einer schieren Flut an Krisen und einer Überwältigung an politischen Handlungen von Regierenden, die uns erschöpfen und demoralisieren können, an Zeit und Räumen, in denen wir uns inhaltlich austauschen und voneinander lernen, Strategien und Taktiken entwickeln und neue Kraft für kommende Kämpfe schöpfen können. Oft wird die „Wissenschaft“ als eine außenstehende Kommentatorin der Ereignisse, ohne echte Verbundenheit mit den Bewegungen der Zivilgesellschaft, wahrgenommen. Aus diesen Überlegungen heraus entstand 2020 in Kooperation mit der *Grünen Bildungswerkstatt Wien* und der *Volkshilfe Österreich* die Gesprächsreihe „Say it loud!“.

Aktivist:innen, Vertreter:innen aus der Wissenschaft und Betroffene als Expert:innen ihrer eigenen Situation sollten auf einer gemeinsamen Plattform in Dialog treten, unterschiedliche

*Impressionen aus den wilden Camps in Wäldern bei Velika Kladuša an der bosnisch-kroatischen Grenze (S. 10–11, Fotos: David Albrich)*

Standpunkte ausrollen und Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Bislang konnten insgesamt fünf Gespräche<sup>1</sup> aufgezeichnet werden:

- #1: Moria, EU-Migrationspakt und Recht auf Freiheit
- #2: 2015 – Das Jahr der Solidarität und seine Bedeutung heute
- #3: Grenzgewalt Balkanroute, Menschenrechte und Pushbacks
- #4: Schülerabschiebungen und humanitäres Bleiberecht
- #5: Klimaflucht – Auswirkungen der Klimakrise auf Flucht und Migration

Etwas haben wir aus diesen Runden jedenfalls mitgenommen: Die inhaltliche Auseinandersetzung hat zu einer Verbindung der Gesprächspartner:innen beigetragen und das gegenseitige Verständnis von Betroffenen, Expert:innen und Aktivist:innen bereichert. Wir sind überzeugt davon, dass auf dieser die einzelnen Disziplinen und Schwerpunkte übergreifenden Basis politische Forderungen entwickelt werden können und müssen, um gesellschaftliche Verbesserungen einzufordern und umzusetzen.

## ZEITALTER DER KATASTROPHEN

Im Zentrum der sozialen Bewegungen steht das Bedürfnis vieler, die Vereinzelungen zu überwinden und die Kräfte der Zivilgesellschaft zu einer mächtigen Bewegung zu bündeln, um eine globale Trendwende einzuläuten. Wir würden sogar sagen, dass die Stärkung unserer Schlagkraft spätestens im Angesicht der multiplen Krisen des 21. Jahrhunderts eine Notwendigkeit und Priorität

---

<sup>1</sup> Die Gespräche können in voller Länge nachgesehen werden: <https://menschliche-asylpolitik.at/say-it-loud-gespraech-e-fuer-eine-menschliche-asylpolitik>

tät geworden ist, von der letztendlich unser Überleben auf dem Planeten abhängt. Wir leben in einem neuen Zeitalter der Katastrophen<sup>2</sup>, einer Ära massiver ökologischer, wirtschaftlicher, geopolitischer, politischer und ideologischer Verwerfungen, in der Verzweiflung und Hoffnung oft nahe beieinander liegen. Insofern scheint es sinnvoll, einen Rahmen abzustecken, der die Orientierung in diesen schwierigen Zeiten erleichtert.

Die ökologische Dimension der Krise ist das drängendste Problem unserer Zeit. Sturzfluten, Überschwemmungen und Hochwasser, Dürre und Hitzewellen führen uns auch hierzulande vor Augen, wie dramatisch sich das globale Klima inzwischen aufgrund der menschengemachten Treibhausgasemissionen verändert hat. Wetterextreme nehmen an Häufigkeit zu und treiben schon jetzt hunderttausende Menschen in die Flucht. Andreas Weber und Sarah Nash behandeln diese Auswirkungen ausführlich in ihren Beiträgen. Der fossile Kapitalismus, die primäre Energiegewinnung aus Kohle, Erdöl und Erdgas, droht der Menschheit den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Das immer stärkere Vordringen der industriellen Landwirtschaft in bislang vom Menschen im Wesentlichen unberührte Gegenden bringt ganze Ökosysteme zum Kippen und erhöht die Übertragungswahrscheinlichkeit pathogener Viren wie im Fall von COVID-19.

Die wirtschaftliche Dimension der Krise des globalen Kapitalismus verstärkt unmittelbar weltweite Migrationsbewegungen. Wiederkehrende Nahrungsmittelkrisen, hohe an den Ölpreis gekoppelte

---

<sup>2</sup> Eine Anspielung auf Eric Hobsbawm, der die Ära vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 als „Zeitalter der Katastrophen“ charakterisierte. Siehe: Eric Hobsbawm, *Das kurze 20. Jahrhundert: Das Zeitalter der Extreme* [1995] (Darmstadt, 2019)

Getreidepreise und neoliberale Spekulationsgeschäfte inmitten eines sich verändernden Klimas und einer seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007–2009 dahindümpelnden Weltwirtschaft haben die globalen Ungleichheiten verschärft und Millionen Menschen auf der Suche nach einem Leben in Sicherheit und Würde in Bewegung gesetzt. Perspektivenlosigkeit und Armut nehmen aber auch hierzulande insbesondere vor dem Hintergrund der massiven Teuerung zu, bereits sinkende Reallöhne werden von der Teuerung aufgeessen, Sozialmärkte bekommen immer mehr Zulauf.

In dieser äußerst angespannten Lage nehmen geopolitische Auseinandersetzungen um die weltweite Verteilung und Kontrolle von Profiten, Ressourcen und Märkten zu. Der brutale russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auf dramatische Weise das Bild eines scheinbar friedlichen Europas zerstört – ein Bild, das selbst so nicht ganz stimmte: Vielen ist etwa der blutige Bürgerkrieg am Balkan in den 1990er-Jahren noch schmerzlich in Erinnerung. Kriege sind plötzlich nicht mehr entfernte Schlachten im Irak, Jemen oder in Afghanistan (was sie für Geflüchtete und mit ihnen solidarische Menschen ohnehin nie waren). Mit einem Mal wird spätestens jetzt allen bewusst, dass Regierende, wenn es hart auf hart kommt, nicht vor brutalen unmenschlichen Maßnahmen zurückschrecken, anstatt die Probleme unserer Zeit ernsthaft anzupacken.

Die politische Dimension ist vor allem gekennzeichnet durch die Krise jener Parteien (im Westen vor allem sozialdemokratischer und konservativer Parteien), die die neoliberale Ausprägung des Wirtschaftssystems vertraten. Dadurch haben sich Räume für die Linke und die Rechte geöffnet, für Momente der Hoffnung wie der kometenhafte Aufstieg von Syriza in Griechenland oder die vielfältigen sozialen Bewegungen, aber auch die Monster unserer Zeit wie Donald Trump und Herbert Kickl. Durch das beständige

Nachrücken der Parteien des Zentrums (und Teile der Linken) nach rechts äußert sich diese Krise vor allem in einem staatlichen Rechtsruck mit immer noch härteren Gesetzen und Maßnahmen gegen Geflüchtete und Muslim:innen. (Die Polizeiaktion „Operation Luxor“ gegen muslimische Aktivist:innen zählte sicher zu den traumatischsten Erlebnissen für die Betroffenen.)

Nirgendwo wird die ideologische Dimension der Krise deutlicher als an der Ungleichbehandlung von ukrainischen und anderen Geflüchteten. Doro Blancke, Stephan Handl, Susanne Scholl, Ronny Kokert und Petar Rosandić (bekannt als Rapper Kid Pex) legen in ihren Beiträgen den Finger in eine europäische Wunde: Sie zeigen auf, wie brutal, wie häufig, wie selbstverständlich Geflüchtete an den Außengrenzen entmenschlicht werden und ihnen das Recht auf Asyl abgesprochen und verwehrt wird. Doch nicht nur hunderte Kilometer entfernt von uns wird Recht gebrochen – unser Interview mit der Schülerin Tina, die 2021 abgeschoben wurde, zeigt nicht nur die menschliche Komponente auf – es wird deutlich, wie brutal unsere Rechtslage ist, sodass solche Handlungen möglich sind. Je tiefer die anderen Krisenmomente werden, desto stärker werden Regierende auch die Karte der Unterdrückung und des Rassismus ausspielen.

## ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT

Demgegenüber stehen weltweit immer mehr Menschen auf und nehmen die Geschicke in die eigenen Hände. 2015 war nicht zufällig das Gründungsjahr der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik*. Spätestens seit damals erleben wir in unterschiedlichen inhaltlichen Kontexten eine starke Verbündung der Zivilgesellschaft: der Sommer der Solidarität mit Geflüchteten, mit anhaltendem Austausch und Unterstützung, aber auch die Wucht der *Black*

*Lives Matter*-Bewegung, *Fridays For Future* und *Extinction Rebellion* als eindrucksvolle Bewegungen, die uns alle mitreißen, um hoffentlich doch noch eine Kehrtwende in der Klimafrage und einen weltweiten Linksruck zu erreichen.

Die Diskussionen über Asylpolitik, Antirassismus und Menschenrechte sollten vertieft, verschiedene Positionen zusammengeführt und ein Beitrag zu strategischen Überlegungen abseits des engen Korsetts der etablierten Politik geleistet werden – hin zu einem Aufbruch der Zivilgesellschaft und einer solidarischen Zukunft für alle. Dieses Buch ist ein weiterer Baustein, um die Themen der Gesprächsreihe mit Beiträgen von Teilnehmer:innen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Ob uns dieses Vorhaben, die Zivilgesellschaft in Österreich strategisch zu stärken, in den Gesprächen und mit diesem Buch gelungen ist, mögen unsere Unterstützer:innen und Leser:innen beurteilen.

## Lesbos, wo Europa die Rechte der Menschen zu Grabe trägt

DORO BLANCKE

Seit mehr als zwei Jahren sind wir nun mit unserem Verein *Flüchtlingshilfe/refugee assistance – doro blanche* vor Ort auf Lesbos.

Wie wir alle wissen, waren die Zustände im ehemaligen Camp *Moria* unfassbar. Menschenrecht und Menschenwürde spielten keine Rolle. In einem Camp, erbaut für 3.000 Personen, mussten in Spitzenzeiten bis zu 30.000 Menschen ausharren. Die ganze Welt sprach von der „Schande Europas“, doch niemand machte den ersten Schritt, um den Geflüchteten hier in Griechenland ein menschenwürdiges Ankommen und ein den Menschenrechten entsprechendes Warten auf behördliche Entscheidungen zu ermöglichen.

Mangelernährung, schlechte bis keine medizinische Versorgung seitens der Regierung, die Menschen mussten sich aus Brettern und Plastik Hütten bauen, Kinder wurden jahrelang ihrer Bildung beraubt, Minderjährige, allein gelassen, ohne entsprechende soziale Begleitung, viel zu enge Räume, das Leben bestand nur aus Warten. Stundenlanges Anstellen bei den Essens- und Wasserausgaben, monate-, zum Teil jahrelanges Warten auf irgendeine Reaktion seitens Griechenlands. Schlangen, Ratten, Skorpione machten sich breit, das Camp lag mitten in Olivenhainen, brütende Hitze im Sommer, eiskalte Winterwinde und Regen im Winter. Kaum Strom. Wenn man Menschen mit kaum einer Information, zusammengedrängt, hineingepfercht in aus Restmüll erbaute „Hütten“, vollkommen mit ihren Sorgen allein lässt, beginnt die Spirale einer Eigendynamik, die sich kaum aufhalten lässt. Es kam, wie es kommen musste, und ich gehe davon aus,

dass diese Dynamik allen Verantwortlichen auch bewusst war, dass diese sie jedoch ignorierten.

Am 8. September 2020 kam es zu dem furchterlichen Brand in Moria. Das gesamte Lager brannte nieder, viele Menschen verloren ihr letztes Hab und Gut, flohen verzweifelt vor den Flammen. Tagelang mussten die Geflüchteten, Familien, Frauen, Kinder, Männer, verzweifelt und traumatisiert in den Olivenhainen rund um das Camp ausharren. Als ich mit meiner Freundin Helga Longin hier auf der Insel landete und das erste Mal in Moria war, konnten wir es kaum fassen. Wir hatten bereits vorher in Österreich gemeinsam mit NGO-Kolleg:innen dafür gearbeitet, dass dieses unwürdige Camp aufgelöst wird. Doch dann hier, mitten in diesem Elend zu stehen, das war eine vollkommen andere Dimension.

Die Menschen waren nach dem Brand bei 29 Grad Tagestemperatur beinahe sich selbst überlassen. Keine Möglichkeit zu kochen, keine sanitären Anlagen, kaum Wasser. Weinende Kinder, tausende verzweifelte Menschen am Straßenrand neben den Olivenhainen. Bis heute bin ich erschüttert, wie Europa handelt, welche Strapazen, Grausamkeiten es Menschen auf der Flucht zumutet und wie ignorant die europäischen Politiker:innen in der Realität diesen massiven Menschenrechtsbrüchen gegenüberstehen. Nicht nur das, wie abgebrüht, wie verroht muss man emotional sein, um dieses Elend zu wissen, sich vor Kameras zu stellen und zu sagen, es muss sofort etwas passieren, dann aber die notwendigen Lösungen, die mit einem einheitlichen europäischen Asylrecht möglich wären, nicht umzusetzen. In Windeseile wurde dann das neue Camp, direkt an der Küste, etwas außerhalb von Mytilini aufgebaut. Wir nannten es damals „Moria 2.0“. Anstatt die Menschen würdevoll und menschengerecht unterzubringen, kam dieses Camp – *Mavrovouni*.

Schöne Versprechungen seitens der Politik zerplatzten in der Luft. Wir nannten dieses Camp nur „Fetzenscamp“, einen anderen Namen hatte es nicht verdient.

Auf einem ehemaligen Militärstützpunkt, direkt an der Küste, im bevorstehenden Winter den eisigen Stürmen, Regen und Kälte ausgesetzt, wurden die Menschen hier quasi abgeriegelt verwahrt. Den meisten Hilfsorganisationen blieb der Zugang verwehrt, zwei Familien mussten sich ein Zelt teilen, welches nachts wegen der andauernden heftigen Regenfälle unter Wasser stand. Es gab keine Verbesserungen, Hilfsorganisationen wurde die Hilfe für Geflüchtete zusehends erschwert. Es gab kaum Strom im Camp, keine Duschen. Es wurden Holzgerüste aufgebaut, mit Schlafsäcken umwickelt, man konnte sich einen Kübel kaltes Wasser mit hineinnehmen – sogenannte Kübelduschen.

Dank einer NGO, mit der wir damals gemeinsam arbeiteten, konnten wir in das Camp hinein. Täglich am Vormittag, wenn wir ins Camp kamen, waren die wenigen Habseligkeiten, die die Menschen noch hatten, vollkommen nass. Eine Katastrophe, wenn man nur zwei Kleidungsstücke besitzt. Überall mussten sich die Menschen für ihre existenziellen Bedürfnisse wie Essen, Wasser, medizinische Versorgung, trockene Decken usw. stundenlang anstellen. Es war auch für uns eine extreme Herausforderung. Wenn Menschen in Europa so entwürdigend und schrecklich behandelt werden, das macht auch was mit uns.

Die Situation veranlasste uns, persönliche Kontakte zu anderen österreichischen NGOs, Journalist:innen und Politiker:innen aufzunehmen. Es musste etwas geschehen, 10.000 Menschen konnten und durften nicht in dieser Situation bleiben.

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, wie dankbar wir für die großartige Unterstützung aus Österreich waren und auch immer noch sind.

Hilfsorganisationen, Initiativen und Vereine kooperierten mit uns, sandten dringend notwendige Hilfsgüter, wie Lastwägen voller Reis, Nudeln, Kleidung, Schuhe usw. Das war etwas, was die Betroffenen und uns getragen hat. Diese Reaktion der Zivilgesell-

schaft, denn von politischer Seite her war wenig zu erwarten. In vielen Gesprächen konnten wir den Menschen klarmachen, dass die europäische Politik die eine Seite, doch viele Menschen aus der Zivilgesellschaft die andere sind.

Als hunderte Babyfelle von Katharina Stemberger, Initiatorin der Initiative „Courage – Mut zur Menschlichkeit“, die sie gemeinsam mit *Diakonie Österreich* gesammelt hatte, auf die Insel gebracht und an einem Schneetag an alle Mütter mit Kleinkindern verteilt wurden, war dies ein so wunderbar wärmer und herzlicher Tag. Wir kauften dazu Wäschekörbe, so konnten die Babys in den im Zelt hängenden Körben mit dem Babyfell schlafen, ohne nass zu werden. Ihre Eltern kamen endlich etwas zur Ruhe, viele hatten Angst, dass die Kleinkinder von den Wasserströmen, die bei heftigen Regenfällen durchs Zelt rauschten, mitgerissen werden. Draußen kein Licht, Finsternis, alle diese Wasserströme flossen direkt ins Meer.

Wenn Sie das jetzt lesen, ich weiß, dies alles klingt so unwirklich, so unfassbar schrecklich. Doch viele Bilder, genaue Aufzeichnungen von Beteiligten und verschiedenen Organisationen bestätigen bis heute jedes meiner Worte.

Griechenland kann dies alles bis heute mit den Geflüchteten machen, weil einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter auch Österreich, dies, ja ich muss es so sagen, „dankend ignorieren“. Es passt in den Plan von europäischer Abschreckungspolitik – Festung Europa. Man will auf diese Weise Menschen sehr klar signalisieren, was der griechische Minister auch direkt ausspricht: „Ihr seid hier nicht willkommen.“ Diese Abschreckungspolitik wird durchgezogen bis ins letzte Detail. Egal worum es geht, Versorgung in den Camps, Essen, Kleidung, Hygiene, Babynahrung, Windeln, alles wird dermaßen reduziert, dass die Dinge „zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben“ sind. Diese Erkenntnis ist furchtbar traurig und beschämend. Ich kenne kaum eine NGO,

Volunteers, die hier vor Ort arbeiten und die diese Situation nicht furchtbar betroffen macht.

## NGOs

Hier auf Lesbos sind immer noch einige sehr tatkräftige NGOs, die sich mit besten und oft vereinten Kräften um die Bedürfnisse der Geflüchteten kümmern. Alle NGOs, Volunteers, die hier vor Ort arbeiten, sind schockiert angesichts des Umstandes, wie wenig die Medien in Europa sich der Thematik der Menschenrechtsbrüche hier in Griechenland annehmen. Griechenland bestreitet jegliche Vorwürfe, egal ob es um die vielen Pushbacks, um die menschenunwürdige Unterbringung, die schlechte Rechtsbegleitung oder fehlende Dolmetscher:innen geht.

Griechenland bestreitet trotz großartiger Arbeit von investigativen Journalist:innen wie *Lighthouse*, *Spiegel*, Franziska Grillmeier u. v. m. konsequent die Verbrechen und Menschenrechtsbrüche, die hier strukturell sind und täglich passieren.

Wir fordern zum wiederholten Male sowohl die nationalen Politiker:innen als auch jene auf europäischer Ebene auf, gewissenhaft und dem Recht entsprechend ihre Aufgaben wahrzunehmen und die dramatischen Zustände an den Außengrenzen sofort zu ändern. Alle NGOs sind sich einig, Abschottung und Menschenrechtsbruch kann und darf nicht die Lösung sein bei Herausforderungen, die aufgrund der globalen Situation im Laufe der nächsten Jahre zunehmen werden.

Im Sommer 2022 begann das Magazin *Spiegel* mit der Veröffentlichung des OLAF-Berichts zu Frontex. Frontex, die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, ist für die Kontrolle der

Außengrenze im Schengenraum zuständig. Artikel 46 der Frontex-Verordnung sagt klar: Sobald Grund- und Menschenrechte gebrochen werden, ist die Operation sofort abzubrechen und Frontex muss sich von der Operation zurückziehen.

Trotz zahlreicher Berichte und eindeutiger Ergebnisse von Recherchen, die zeigen, dass Frontex hier in Griechenland in Menschenrechtsbrüche, in Pushbacks involviert war, gab es bis heute keine:n Politiker:in, die:der es zuwege gebracht hat, diese Verbrechen zu stoppen und Frontex dafür zur Verantwortung zu ziehen. Man tauscht Direktor:innen aus und ist der Meinung, damit sei dem Ruf nach Veränderung Genüge getan. Niemand wird persönlich zur Verantwortung gezogen, es gibt kein effektives Monitoring, *Hellenic Coast Guard* und Polizei in Griechenland jagen Menschen auf der Flucht, wenn sie nach der gefährlichen Überfahrt auf den griechischen Inseln gelandet sind, um sie dann zu kidnappen, in Container zu sperren und sie im Morgengrauen, all ihrer Habseligkeiten beraubt, einem Pushback zu unterziehen. Grundrechtsbeobachter:innen wird der Zugang und die Beobachtung erschwert, zum Teil auch verweigert.

Solche Verbrechen zu „gestatten“, Menschen auf der Flucht so kriminell zu behandeln, solche massiven Gesetzesbrüche werden auf uns alle, insbesondere auf unsere Kinder, die nächste Generation, zurückfallen. Sie sind unentschuldig und gehören konsequent geahndet.

#### **EIN ANDERES THEMA, WELCHES AUCH DRINGEND ANGESPROCHEN GEHÖRT, SIND DIE VIELEN PUSHBACKS**

Als Pushback bezeichnet man die illegale Rückführung von Asylsuchenden und Migrant:innen, ohne ihnen die ihnen zustehende rechtliche Möglichkeit zu geben, Asyl zu beantragen.

Dies geschieht in Griechenland beinahe täglich. Sowohl auf dem Meer, wenn die Schutzsuchenden bereits griechisches Gewässer (Hoheitsgebiet) erreicht haben, als auch direkt von den Inseln oder vom Festland aus.

Es ist eine brutale und kriminelle Vorgehensweise, ausgeführt von griechischen Beamten:innen der Polizei, oder aber von *Hellenic Coast Guard*, der griechischen Küstenwache.

Benennt man die Verbrechen nach unserer Rechtsvorstellung, dann geht es hier um Kidnapping, Raub, Körperverletzungen, bis hin zu Missbrauch. Sobald die Behörden die Nachricht von Neuankömmlingen erhalten, schicken sie Suchtrupps aus, um diese an den Steilküsten oder aber oberhalb in den Olivenhainen zu suchen. Die Suchtrupps sind Mitglieder der Polizei oder der Coast Guard, die verummmt, mit Kastenwägen ohne Nummernschilder die Gegend absuchen. Sie sind bewaffnet und tragen auch sehr oft Kabelbinder mit sich. Werden sie fündig, werden die Menschen illegal abtransportiert, was immer wieder mit Misshandlungen verbunden ist. Sie werden all ihrer Sachen (Geld, Mobiltelefone) beraubt, in Container gesperrt, um dann im Morgengrauen auf sogenannten Rettungsinseln aufs offene Meer geschleppt zu werden. Dort werden sie in türkische Gewässer gezogen und ohne Navigationssystem, ohne Wasser sich selbst überlassen. Man informiert dann die türkische Küstenwache, um die treibenden Rettungsinseln abzuholen. Die Leute sind unterkühlt, verängstigt, bangen um ihr Leben. Es dauert oft Stunden, bis sie geholt und in die Türkei zurückgebracht werden.

Dass dies, trotz vieler Berichte von NGOs wie *Ärzte ohne Grenzen* und bekannten Journalist:innen, Teams wie *Spiegel*, *Lighthouse* usw., immer noch passieren kann, liegt an der Abschreckungspolitik, dem Gedanken „Festung Europa“, zu dem sich viele Politiker:innen aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten bekennen. Man spricht über noch stärkeren Außengrenzschutz. Die Frage, die hier folgen muss, ist: Was versteht man darunter? Pushbacks, Misshandlungen,

brutales Zurückprügeln, all dies passiert bereits. Was erwartet man noch? Auf Geflüchtete zu schießen?

Ich weiß, diese Frage klingt in unseren Ohren unfassbar, doch wenn man die Situation genau verfolgt, ist sie absolut berechtigt.

Die Verantwortlichen und die Gesellschaft müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Geflüchteten diese tödlichen Routen nicht aus reinem Jux auf sich nehmen. Ihre Motivation ist die pure Verzweiflung. Vor Krieg, Verfolgung, extremen Bedingungen durch den Klimawandel u. v. m. fliehen die meisten vorerst in Nachbarländer und versuchen, dort einige Jahre zu bleiben, in der Hoffnung, wieder in die Heimat zurückzukönnen.

Sie landen dann oft in Ländern, die schlicht und einfach keine sicheren Länder sind, wie Iran, Türkei usw. Die Türkei etwa schiebt trotz der Übernahme durch ein brutales und religiös fanatisches Terrorregime, die Taliban, nach Afghanistan ab. Im Iran werden junge Geflüchtete (oft auch unter Verabreichung von Drogen) dazu gezwungen, für den Iran in den Krieg zu ziehen. Entkommen die Menschen diesem Schicksal, werden sie ausgebeutet, arbeiten oft wochenlang für einen Lohn, der zu wenig zum Leben ist. Dies veranlasst die Menschen, die oft tödliche Weiterreise fortzusetzen. Einige verlieren schon beim Grenzübertritt Iran/Türkei ihr Leben. Denn dort wird bereits immer wieder auf Geflüchtete geschossen.

Es ist höchste Zeit, dass wir in Europa das Thema „Flucht und Migration“ endlich komplex betrachten, diskutieren und sofort erste, dringende erforderliche Schritte hin zu Lösungen setzen.

Das beginnt bereits bei konsequentem Klimaschutz und ehrlicher Unterstützung in den Herkunftsländern. Solange wir ausbeuten, Großkonzerne extremen Raubbau in den Ländern betreiben, die Waffenlieferungen aus dem Westen nicht endlich gestoppt werden, der Westen seinen Luxus auf der Armut von Drittstaaten aufbaut, so lange wird das Thema Asyl und Migration aktuell und tödlich bleiben. Eine „Festung Europa“ als einzige Antwort zu lie-

fern ist verantwortungs- und visionslos und wird auf keinen Fall funktionieren.

Das Ergebnis werden noch mehr Tote auf den Fluchtrouten und die damit verbundene Verantwortung sein, die wir auf keinen Fall der nächsten Generation hinterlassen dürfen. Wir alle tragen hier eine Verantwortung. Auf keinen Fall dürfen wir eine weitere Verrohung der Gesellschaft und der Verantwortlichen zulassen. Wir sind bereits jetzt die Vorfahren der nächsten Generation. Ein Rückbau in eine humanistische Gesellschaftsform, die wir unseren Kindern wünschen, würde Jahrzehnte dauern.

#### **DIE BITTE DER ORGANISATOR:INNEN DIESES BUCHES AN UNS WAR, AUCH HOFFNUNG ZU SCHENKEN**

Das ist, wenn man wie ich circa sieben Monate im Jahr an den europäischen Außengrenzen arbeitet, umgeben von all diesen Verbrechen und im Kontakt und in der Arbeit mit und für die Betroffenen, nicht immer leicht. Doch es gibt auch Dinge, die ich diesbezüglich hier erwähnen kann – Lichtblicke, Hoffnungsträger:innen usw.

Wir alle, die wir Hilfe vor Ort bieten, können dies nur mit einer gewaltigen Unterstützung durch die europäische Zivilgesellschaft tun. Dass die Zivilgesellschaft immer noch nach Lesbos hinschaut, auch wenn die Medien dieses wichtige Thema quasi fallen gelassen haben, das ist es, was uns Kraft und Hoffnung schenkt.

Denn durch diese Konsequenz und die Bereitschaft unserer Unterstützer:innen, unsere Arbeit weiterhin zu ermöglichen, geschieht hier viel existenziell Notwendiges und sehr viel Gutes.

Was auch beinhaltet, dass sich die Geflüchteten mit ihren Ängsten und Nöten gesehen fühlen.

Auch dass wir das Rechtsberatungsprojekt mit unserer Partner-NGO, *DCI – Defense Children International Greece*, bereits seit

einem Jahr betreiben können, ist ein großer Gewinn. In Griechenland müssen Menschen auf der Flucht tagtäglich um ihre Rechte bangen. Die Willkür und die strukturelle Gewalt, die hier herrschen, sind etwas, was man erst glauben kann, wenn man länger vor Ort war. Was Nantina Tsekeri, die Geschäftsführerin von DCI, und ihr Team in Griechenland leisten, ist beeindruckend und effizient. Dank eurer Unterstützung kann dieses Projekt auch 2023 weiterlaufen. Die Reports dieses Projekts veröffentlichen wir immer wieder auf unserer Website.

Auch die rund 200 Personen, Familien und Alleinreisende, welche wöchentlich von uns mit einem großen Lebensmittelpaket beliefert werden, erhalten dank unseren Unterstützer:innen das Existenzielle, was sie zum Leben brauchen. Zum Großteil besonders vulnerable Personen, die außerhalb des Camps leben, werden seitens der griechischen Regierung sich selbst überlassen. Gäbe es keine NGOs vor Ort, wäre ihre Situation fatal.

Es gibt so vieles, was hier dringend notwendig ist – gerne auch die Berichte auf unserer Homepage nachlesen. Wir sind sehr dankbar, dass wir, als rein spendenfinanzierter Verein, immer noch hier sein können.

Viel Positives kann ich auch von unserer Arbeit in Österreich berichten. Alle die jungen Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan, die wir 2015 begleiten durften, stehen mitten im Leben. Wunderbar mit der Gesellschaft verwoben, haben sie Ausbildungen absolviert, Freund:innen gefunden, sich nach all den Strapazen wieder mit dem Leben versöhnt, sind zum Teil schon österreichische Staatsbürger:innen geworden.

Auch junge Menschen, die von Lesbos nach Österreich gekommen sind, sind bereits in unsere Gemeinschaft integriert, haben subsidiären Schutz erhalten und gehen mit tollen Erfolgen in Deutschkurse oder aber bereits in Schulabschlusskurse.

Das ist das Positive, das ich zu berichten habe. Wir alle, auch ich, sind umgeben von starker und liebender Gemeinschaft, in

der jede, jeder nicht müde wird, in ihrer, seiner Rolle für friedliche Gemeinschaft, Austausch, Lernen und gegenseitige Akzeptanz zu arbeiten. Das sind Helfer:innen, Ärzt:innen, Therapeut:innen, Lehrer:innen, Jurist:innen, Handwerker:innen, Wirtschaftstreibende, Initiativen und viele mehr.

Das stimmt mich positiv, wir alle gemeinsam machen Friedensarbeit und werden nicht müde, trotz teils massiver politischer Widerstände, diesen Weg zu gehen.

Dass es dabei auch mit unseren Gegenübern zu sehr guten Gesprächen und gegenseitigem Verständnis kommt, auch davon kann ich berichten.

Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass wir gemeinsam, für uns alle und die nächste Generation, dranbleiben und diese Friedensarbeit Früchte trägt. Tief in meinem Herzen bin ich überzeugt davon, denn viele Menschen tragen den Wunsch nach friedlichem Zusammenleben in sich. Dialog und gegenseitiges Verständnis bauen bewusst geschürte Ängste ab und geben den Raum für neue Visionen und aufrichtiges Ringen um gemeinsam gefundene Lösungen.

Bleiben wir da dran – bleiben wir in der Kraft der Menschlichkeit und Liebe, die dies ermöglichen kann!

**[www.doroblancke.at](http://www.doroblancke.at)**

# Können wir von Geflüchteten lernen, anzukommen?

RONNY KOKERT

„Wie geht es dir?“ Das werden wir mehrmals am Tag gefragt. Von Freund:innen, Arbeitskolleg:innen oder von der netten Bäckerin. Oftmals zur Begrüßung, manchmal aus echtem Interesse, aber meistens nur, um die ungewohnte Stille bei einer zufälligen Begegnung zu überbrücken.

„Gut!“, antworten wir dann, wie aus der Pistole geschossen. Man will ja keine Zeit verlieren. Und wie soll es einem schon gehen? Wir haben ein Dach über dem Kopf, immer genug zu essen und können machen, was wir wollen. Immerhin leben wir in der besten aller Welten. Eigentlich geht es uns doch allen gut.

Wenn da nicht ständig dieses komische Wörtchen „eigentlich“ wäre. Und dieses eigenartig beklemmende Gefühl. Tief in unserem Innersten macht es sich gnadenlos breit. Eine unerklärliche Unsicherheit und Angst, die sich wie Messer in unseren Bauch bohrt. Dann fühlen wir uns unzufrieden, gereizt, nervös und irgendwie unrund. Manchmal sogar ein wenig wütend. Und stehen völlig daneben. Um, von einer unerklärlichen Ohnmacht wie gelähmt, teilnahmslos dabei zuzusehen, wie selbst die schönsten Momente unseres Lebens an uns vorbeilaufen. Genießen können wir die jedenfalls nicht. Da helfen auch die vielen Smileys zu unserem letzten Posting nichts mehr. Denn tief in uns drinnen spüren wir, dass dies nicht alles sein kann.

Und trotzdem machen wir immer weiter. So wie es die anderen wollen. Und geben gleichzeitig auf. Aber leider nur uns selbst. Verleugnen unsere innersten Bedürfnisse, erfüllen pflichtbewusst die auferlegten Ansprüche und sehen tatenlos dabei zu, wie

unser Selbstwert an der düsteren Realität der Fremdbestimmung, immerwährenden Beschleunigung und Selbstaufgabe zerbricht. Der Grat ist schmal. Noch nie zuvor lagen Überfluss und Armut, Freiheit und Einsamkeit, Selbstverwirklichung und Sprachlosigkeit, Gewalt und Hilflosigkeit so nahe beieinander.

Ich kenne das alles nur zu gut. Und bleibe trotzdem zuversichtlich. Das habe ich von meinen Burschen gelernt.

Als ich 2016 das Projekt der *Freedom Fighters* startete und junge Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan, Syrien und dem Irak einlud, mit mir die Kampfkunst Shinergy zu trainieren, ging es mir eigentlich auch ganz gut. Zumindest machte es den Anschein. Ich leitete ein großes Trainingszentrum, hielt Vorträge und hatte mir mit Shinergy meinen Lebenstraum verwirklicht.

Doch hinter dem Schleier des erfolgsverwöhnten Strahlmanns lauerten die Schatten der Fremdbestimmung und Selbstverleugnung. Da hetzte ich durch meinen Tag, angetrieben von hohen Krediten, unzähligen Verpflichtungen und den Erwartungen anderer. Und fühlte mich am Abend erst wieder erschöpft, leer und ausgebrannt. Manchmal sogar richtig wütend.

Dann kam die Flüchtlingskrise und ich erfuhr aus der Zeitung von den unmenschlichen Dramen, die sich direkt vor unserer Haustür abspielten. Mir war sofort klar: Wir müssen etwas tun. Wir, die so viel und noch dazu den Luxus haben, im Fitnesscenter zu trainieren – wir haben einfach die Pflicht zu helfen. Zumindest aber die Verantwortung.

Ich rief meine Mitglieder zu einer Spendenaktion auf und brachte unzählige Säcke mit Kleidern und Hygieneartikeln mit einem gemieteten Lastwagen ins Flüchtlingslager Traiskirchen. Woche für Woche.

Irgendwann kam ich dort mit jungen Männern ins Gespräch. Wir saßen auf einem nassen Acker und ich erzählte ihnen, was

ich beruflich mache. Sie waren hellauf begeistert. Und hinter dem dunklen Schleier aus Angst und Verzweiflung sah ich ein Leuchten. Die Burschen hatten alles verloren. Doch in ihren Augen sah ich Mut, Sehnsucht nach Anerkennung und die Hoffnung auf ein besseres Leben. Das hat uns verbunden.

Ich wusste sofort, dass ich mit meinem Handwerk dazu beitragen konnte, diese jungen Menschen zu wappnen. Für ihr neues Leben in Freiheit. Für die Veränderung. Und für alles, was dabei auf sie zukommt.

Ich lud die Burschen ein und als wir loslegten, kamen viele. Manche gingen auch gleich wieder, weil sie ein actionreiches Kampfsporttraining erwartet hatten. Ich ließ sie anfangs aber nur zur Meditation sitzen, stundenlang ihre Verspannungen auflösen und präzise an einfachen Grundtechniken feilen. Einige blieben trotzdem. Und machten schnell Fortschritte.

Im Mittelpunkt unseres Trainings standen immer das respektvolle Miteinander, die Fähigkeit zur friedlichen Lösung von Konflikten und der konstruktive Umgang mit Angst. Davon hatten die Jungs nämlich viel zu viel und ich musste mir immer wieder bewusst machen, dass ich mit schwer traumatisierten jungen Männern trainierte, die Dinge erlebt hatten, die sich unsereins gar nicht vorstellen kann. So eine unsägliche Angst kann sehr schnell eskalieren. Im Außen, in der Wut und in der Gewalt. Oder im Innen. In der Selbstaufgabe und in der Depression.

Angst kann aber auch zu einer großen Kraftquelle werden. Dann ist es Kampfkunst. Nämlich die Kunst, zu entdecken, dass jeder Kampf, der um uns tobt, tatsächlich in uns selbst beginnt. Genau wie unsere innerste Kraft. Dann liegt es an uns. Die eigenen Widerstände aufzulösen, Barrieren zu überwinden und die Angst in Mut zu verwandeln. In den Mut, sich Herausforderungen zu stellen, den Mut zur Veränderung und den Mut zur Achtsamkeit.

„Kämpfen zu können, bedeutet nicht mehr kämpfen zu müssen“ war unser Motto. Das war unser Weg.

Unsere gemeinsame Reise war steinig und beglückend zugleich. Sie hat die Burschen vom Flüchtlingslager über Asylverfahren bis zu Lehrstellen, sportlichen Erfolgen und einem Weltmeister-Titel geführt. Und mich bis in die Hölle von Moria.

Ich habe sie das Kämpfen gelehrt. Damit sie nicht mehr kämpfen müssen.

Sie haben mir gezeigt, worauf es wirklich ankommt.

Diese jungen Männer sind vor Krieg und Terror geflüchtet und mussten ihre Familien und ihre Heimat zurücklassen. Um zu überleben, haben sie Grenzen überwunden. Im Loslassen der Vergangenheit und mit zuversichtlichem Blick in die Zukunft haben sie sich auf den Weg gemacht. In die Veränderung. Ins Fremde. Und ins Ungewisse. Längst sind sie angekommen. Und zu einem wertvollen Teil unserer Gesellschaft geworden.

Ich glaube nicht, dass meine Burschen außergewöhnliche Kräfte haben. Sie sind bestimmt auch keine Superhelden und entsprechen so gar nicht der Vorstellung von hartgesottenen Kampfsportlern. Die Jungs sind sehr sensibel, wirken eher zurückhaltend und könnten locker auch als klassische Musiker, Kindergärtner oder Sozialarbeiter durchgehen.

Aber ihr Schicksal hat sie auf den Weg gebracht. Und ihr Weg macht sie zu echten Helden. Und Vorbildern.

Was sie ausmacht, ist ihre Verbundenheit. Sie sind mit sich selbst, mit ihren Gefühlen und mit ihren Mitmenschen verbunden. Weil sie achtsam mit sich selbst umgehen, können sie das auch anderen zugestehen. Und zeichnen sich durch uneingeschränkte Dankbarkeit, Höflichkeit und Lebensfreude aus. Daraus erwachsen ihr Mut und ihr Mitgefühl. Und aus dem Gegeneinander-Kämpfen wird ein verbindendes Miteinander-Üben.

Sie haben die Vergangenheit losgelassen und sich auf den Weg gemacht. In die Veränderung. Ins Ungewisse. Um die ständige Unsicherheit zu ertragen, mussten sie sich mit eigenen Barrieren

konfrontieren und im Kampf ums nackte Überleben alles aufgeben. Was übrig blieb, waren sie selbst. Sie mussten niemandem mehr gefallen, konnten sein, wer sie waren, und sich ganz zeigen.

Daran können wir uns ein Beispiel nehmen. Wer könnte uns den Weg auch besser weisen? Aus dem ständigen Kampf nach Anerkennung, der Flucht in die Zerstreuung und dem Gefühl, ein Gefangener der Umstände zu sein. Hin zur Lebensfreude, Veränderung und zum innersten Selbstwert.

Um Krisen als Kraftquelle zu nützen, Konflikte konstruktiv zu lösen und die unvermeidliche Unsicherheit irgendwie halten zu lernen.

Verbunden bleiben und im Mut zur Menschlichkeit neue Hoffnung finden. Äußere Barrieren als Spiegel innerster Widerstände erkennen. Sich ganz zeigen, mit allen Ecken und Kanten. Zuhören, hinsehen und uns in andere einfühlen. Und in der Vielfalt unsere Einzigartigkeit entdecken.

Um irgendwann anzukommen. In der Freiheit, die immer in uns selbst beginnt.





# Kampf um die Bedeutung des Solidaritätsjahres 2015

SUSANNE SCHOLL

Im Herbst 2015 starb meine Mutter. Sie war fast 100 Jahre alt. Und sie war bis zuletzt sehr klar im Kopf.

Jeden Abend sah sie die Nachrichten im Fernsehen. Und sie sah, was in jenem Sommer geschah.

„Weißt du“, sagte sie an einem Abend im August 2015 zu mir, „weißt du, ich sehe diese Menschen, und dann muss ich immer daran denken, wie meine Flucht damals war ...“

Denn mit 22 Jahren musste sie, als Jüdin, vor den Nazis nach England flüchten. Und als sie im Zug an die deutsche Grenze kam, machten sich die deutschen Grenzsoldaten einen Spaß daraus, sie aufzuhalten, sodass sie um ein Haar den Zug für die Weiterfahrt versäumt hätte. Das Trauma ihrer Flucht und der Ermordung ihrer Eltern hat sie ihr Leben lang begleitet.

Und jetzt saß sie Abend für Abend vor dem Fernsehapparat und sah, was mit Menschen auf der Flucht geschah.

Und sie sah auch etwas, was sie damals nicht erlebt hat. Die Solidarität vieler Menschen in diesem Land mit jenen, die damals vor dem Verhungern, dem Ermordetwerden flüchteten.

England hat sie aufgenommen. Aber nicht freundlich. In England brauchte man Hauspersonal, also ließ man Juden, die um ihr Leben rannten, nur ins Land, wenn sie bereit waren, englischen Familien als Hauspersonal zu dienen.

Auch meine Mutter und ihre Schwestern entkamen den Mördern mit einem Visum für Hauspersonal. Und die Herrschaften gingen nicht besonders sorgsam mit ihnen um. Dass sie nicht wussten, was mit ihren Eltern geschehen war, dass sie Heimweh

hatten und sich in einem fremden Land in einer fremden Sprache zurechtfinden mussten, interessierte niemanden.

Meine Mutter war England ihr Leben lang in Dankbarkeit verbunden. Dem Land, in das sie als halbes Kind gekommen war, in dem sie ihren Mann kennengelernt hatte, in dem sie ihre ersten beiden Kinder auf die Welt gebracht hatte. Das Land, in dem sie überleben konnte.

Bemerken Sie gewisse Parallelen? Mich beschäftigen diese Parallelen seit einiger Zeit. Sie beschäftigen mich, weil ich mir eingestehen muss, dass die Menschen sich nicht ändern.

Weil ich sehe, welche Vorwürfe, Anschuldigungen, Vorurteile und falsche Behauptungen den Menschen entgegenschwappen, die heute – fast ein Jahrhundert später – wieder auf der Flucht sind. Oder besser, die damals, im Jahr 2015, auf der Flucht waren.

Die Vorgeschichte ist so einfach wie leicht zu vergessen. In Syrien, Afghanistan, dem Irak tobten mehr oder weniger offene Kriege. Wer nicht ermordet werden wollte, hatte keine Wahl.

Aber die internationale Staatengemeinschaft sah weg, wenn es um die Menschen ging. Sie sah allerdings sehr wohl hin, wenn man mit Waffenlieferungen viel Geld verdienen konnte. Und Geld war vorhanden, der Wunsch nach Waffen auch.

In den Flüchtlingslagern am Rand der Kriegsgebiete wurde das Essen knapp und die oben erwähnte internationale Staatengemeinschaft kürzte die Mittel beständig.

Die Menschen hungerten – und machten sich schließlich auf den Weg nach Europa. Wo es keinen Hunger gab. Wo es die Möglichkeit gab zu überleben.

Das wiederum war nur wenigen recht.

Wie aber reagieren?

In Ungarn baute man Zäune und behandelte die ankommenden Flüchtenden wie Schwerstkriminelle. In Deutschland erklärte Kanzlerin Angela Merkel: „Wir schaffen das!“

Und in Österreich? In Österreich ging die Regierung auf Tauchstation und überließ die Menschen sich selbst.

Damals aber hat die viel beschworene Zivilgesellschaft in Österreich gezeigt, dass es sie wirklich gab. Und dass sie bereit und imstande war, aufzustehen und aktiv zu werden.

Die Menschen halfen. Ohne zu fragen, was sie dafür bekommen würden. Sie halfen aus Menschlichkeit, aus Verständnis und wohl auch aus ein bisschen Scham über das Versagen des Staates. Allen voran natürlich verschiedene Hilfsorganisationen. Aber nicht nur.

In meinem Bekanntenkreis fanden sich viele, die mit dem Auto nach Ungarn fuhren und Menschen nach Österreich holten. Die sich zum Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen aufmachten, wo die Lage außer Kontrolle zu geraten drohte, und Hilfe leisteten. Die Menschen begleiteten, am Bahnhof für Verpflegung und Tickets zur Weiterfahrt sorgten, die den Kindern Spielsachen brachten und insgesamt bewiesen, dass es in diesem Land viele gibt, die sehr viel anständiger sind als die Politiker:innen, die sie zu vertreten behaupten.

Und diese Politiker:innen tauchten erst wieder auf, als die meisten Flüchtenden entweder weitergefahren oder gut untergebracht waren. Und weil sie nichts dazu beigetragen hatten, dass diese Krise der Menschlichkeit gut bewältigt werden konnte, begannen sie, die Geschichte umzulügen. Plötzlich war da von „Flüchtlingskrise“ die Rede und davon, dass sich 2015 nicht wiederholen darf!

Ich habe damals gefragt, was sich eigentlich nicht wiederholen dürfe. Aber ich habe auf diese Frage nie eine Antwort bekommen.

Wohl, weil es keine gibt.

Sieben Jahre später sehen wir am Bahnhof wieder Menschen, die Flüchtenden Hilfe anbieten. Flüchtenden aus der Ukraine.

Der Krieg Putins gegen die Ukraine sitzt mir im Nacken, wie ein eiserner Rucksack. Nie hätte ich geglaubt, dass es tatsächlich so weit kommen könnte. Und selbstverständlich bin ich mit dem Opfer, der Ukraine, solidarisch.

Und ich bin wieder erfreut und bewegt von der großen Hilfsbereitschaft der Österreicher:innen.

Und doch. Als der Krieg begann und die Menschen vor den Bomben flohen, waren unter den Ukrainer:innen eben auch Menschen aus anderen Teilen der Welt. Aus Indien, Ägypten, Afrika. Studierende, Arbeitende, Menschen, die in der Ukraine lebten und nun genauso vom Krieg betroffen waren wie die Ukrainer:innen selbst. Sie aber wollte man nicht haben. Ihnen wollte man den Flüchtlingsstatus nicht zugestehen.

Geschichten machten die Runde. An der polnisch-ukrainischen Grenze seien dunkelhäutige Flüchtlinge zurückgewiesen worden. In die Fluchtbusse habe man Menschen aus anderen Staaten erst als Letzte einsteigen lassen.

Welch eine Schande.

Als ob die Bomben einen Unterschied machten zwischen „echten“ Ukrainer:innen und Menschen anderer Herkunft, die dort lebten.

Und dann zeigte sich sehr schnell, wie großzügig Österreich sein kann, wenn die Flüchtenden so aussehen wie wir, die gleiche Religion haben wie wir und sich kaum von uns unterscheiden.

Die Menschen aber, die auf griechischen Inseln, an den Grenzen zwischen den Balkanstaaten oder im Wald an der belarussisch-polnischen Grenze dahinvegetieren, diese Menschen bekommen die volle Kälte Europas zu spüren.

Sie sollen bleiben, wo sie sind, oder dorthin zurückgehen, von wo sie geflohen sind. Ihnen wird keine Hilfe geleistet, obwohl sie sie ebenso dringend brauchen wie die Geflohenen aus der Ukraine, die jetzt hierzulande „Vertriebene“ genannt werden, weil das weniger kontroversiell klingt als „Flüchtlinge“.

Ich bin froh über die Solidarität mit den Geflohenen aus der Ukraine, ich wollte, ich könnte mehr für sie tun.

Aber ich wollte auch, wir würden endlich auch die tausenden Menschen aus ihrem Elend befreien, die in Griechenland, auf dem Balkan oder in Belarus einfach ihrem Schicksal überlassen werden.

Denn jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Egal welcher Hautfarbe, egal welchen Alters, welcher sexuellen Orientierung oder welcher Religion.

Wir haben Platz, Europa hat Platz und noch haben wir genug Geld, um diese Menschen aufzunehmen.

Warum tun wir es nicht?

# Wider Pushbacks und Grenzgewalt in der EU: Eine Rückbesinnung auf mehr Rechtsstaatlichkeit

STEPHAN HANDL

## EINLEITUNG

Seit Jahren dokumentiert *Amnesty International* illegale Pushbacks, Folter und Misshandlungen an Land- und Seegrenzen in Ländern der EU, wie etwa Griechenland<sup>1</sup>, Italien<sup>2</sup>, Malta<sup>3</sup>, Spanien<sup>4</sup>, Frankreich<sup>5</sup>, an der Grenze zwischen Polen und Belarus<sup>6</sup> sowie entlang der Balkanroute in Bosnien, Kroatien<sup>7</sup> und Slowenien<sup>8</sup>. Auch in Österreich wurden kürzlich zwei Fälle von Pushbacks bekannt, die vom Landesverwaltungsgericht (LVwG) Steiermark für rechtswidrig erklärt wurden.<sup>9</sup> In beiden Fällen stellte das Gericht fest, dass Pushbacks in Österreich offenbar „teilweise methodische Anwendung“ finden.<sup>10</sup> Dies wurde zwar bisher vom Innenministerium vehement bestritten,<sup>11</sup> aber in einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über eine Revision der Landespolizeidirektion (LPD) Steiermark nunmehr bestätigt.<sup>12</sup> Laut Medienberichten gibt es mehr als ein Dutzend ähnlich gelagerter Verdachtsfälle.<sup>13</sup>

Doch was sind Pushbacks eigentlich und wie sind diese menschenrechtlich einzuordnen?

## PUSHBACKS UND DEREN MENSCHENRECHTLICHE BEURTEILUNG

Pushbacks sind staatliche Zwangsmaßnahmen, bei denen Behörden schutzsuchende Menschen – meistens unmittelbar nach Grenzübertritt – in das Land zurückschieben, aus dem sie gekommen sind, ohne dass sie die Möglichkeit erhalten, einen

Asylantrag zu stellen. Das ist aus mehreren Gründen menschenrechtswidrig:

Gemäß Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR)<sup>14</sup> hat jeder Mensch das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Schutzsuchende Menschen müssen demnach Zugang zu einem fairen und rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten, in dem ihr Schutzbedarf individuell geprüft wird. Dies wird im Falle von Pushbacks nicht gewährleistet, weil diese ohne Verfahrensgarantien und ohne Achtung des Rechts der:des Einzelnen, Asyl zu beantragen, stattfinden. Da es bei der Durchführung von Pushbacks für die Betroffenen auch keine Möglichkeit gibt, ein Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung zu erheben, stellen diese in den meisten Fällen auch einen Verstoß gegen das Recht auf eine wirksame Beschwerde gemäß Artikel 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)<sup>15</sup> dar.

Aufgrund der Tatsache, dass den Schutzsuchenden verweigert wird, Asyl zu beantragen, und weil es ihnen an Anfechtungsmöglichkeiten dieser Entscheidung fehlt, ist es unmöglich festzustellen, ob den Schutzsuchenden in dem Land, aus dem sie gekommen sind, die Gefahr von weiteren Menschenrechtsverletzungen droht. Insofern verstoßen Pushbacks auch gegen den sogenannten Grundsatz der Nichtzurückweisung („Non-Refoulement“-Gebot), der sich insbesondere aus Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention<sup>16</sup>, aus Artikel 3 der UN-Antifolterkonvention<sup>17</sup> und Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ergibt:

- ▶ Gemäß Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen nämlich Schutzsuchende nicht in Gebiete ausgewiesen werden, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht sind.

- ▶ Artikel 3 der UN-Antifolterkonvention besagt außerdem, dass ein Vertragsstaat eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern darf, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden.
- ▶ Darüber hinaus darf gemäß Artikel 3 EMRK niemand der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden. Artikel 3 EMRK regelt damit zwar grundsätzlich nur ein Verbot der Folter und der unmenschlichen Behandlung durch die Vertragsstaaten selbst, nach ständiger Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) kann aber auch eine Abschiebung oder Ausweisung einer Person in einen Staat, in dem Folter oder erniedrigende Behandlung drohen, eine Verletzung des Art. 3 EMRK darstellen.

Pushbacks verstoßen also in der Regel gegen das sich aus diesen völkerrechtlichen Instrumenten ergebende „Non-Refoulement“-Gebot, welches Menschen davor schützen soll, in ein Gebiet abgeschoben zu werden, wo ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es zu sogenannten „Kettenabschiebungen“ durch mehrere Staaten kommt. Ein Vertragsstaat verstößt also selbst dann gegen Artikel 3 EMRK, wenn er eine Person in einen Drittstaat zurückschiebt, in dem zwar selbst kein Risiko, gefoltert zu werden, droht, in dem aber das „reale Risiko“ besteht, in einen Staat zurückgeschoben zu werden, in dem eine derartige Behandlung droht.

Dazu kommt, dass auch die Art und Weise, wie Pushbacks durchgeführt werden, häufig menschenrechtswidrig ist. Die verschiedenen Mittel reichen von der Androhung oder Anwendung körperlicher Gewalt bis hin zu willkürlicher Festnahme und Inhaftierung unter unangemessenen Bedingungen und können an sich

schon Verletzungen des Folterverbots (Artikel 3 der UN-Antifolterkonvention und Artikel 3 EMRK) sowie des Rechts auf persönliche Freiheit und Sicherheit (Artikel 5 EMRK) darstellen.

### PUSHBACKS ALS SYSTEMATISCHER BESTANDTEIL DER EU-ASYLPOLITIK

Wie in der Einleitung ausgeführt, lassen sich die genannten Menschenrechtsverletzungen jedenfalls an mehreren EU-Außengrenzen, aber auch in Ländern wie Slowenien<sup>18</sup> und Österreich<sup>19</sup> beobachten. Diese Praktiken scheinen jedoch nicht nur das Ergebnis der Anti-Migrationsstrategien einzelner Länder zu sein, sondern es drängt sich der Verdacht auf, dass Pushbacks unter dem Deckmantel des Außengrenzschutzes ein systematischer Teil der europäischen Flüchtlingspolitik geworden sind<sup>20</sup> – eine Politik, die primär darauf ausgerichtet ist, irreguläre Grenzübertritte zu reduzieren und Menschen außerhalb der EU zu halten, indem die Grenzsicherheit verschärft und die Migrationskontrolle vor die EU-Grenzen ausgelagert bzw. „externalisiert“ wird.

Unter „Externalisierung“ versteht man eine politische Strategie, Grenzkontrollen in den größten Herkunfts- und Transitländern von Schutzsuchenden zu verschärfen und die Verantwortung, Menschen zu schützen und ihnen zu helfen, anderen Ländern zu überlassen. Auch wenn nicht alle Externalisierungsprozesse per se menschenrechtswidrig sind, erhöht eine solche Politik die Wahrscheinlichkeit von Pushbacks, kollektiven Ausweisungen, willkürlichen Verhaftungen, Misshandlung und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen – insbesondere dann, wenn Maßnahmen zur Verschärfung der Grenzkontrollen in Ländern mit einer problematischen Menschenrechtsbilanz wie etwa Libyen ermöglicht werden. Nebenbei verfehlen sie ihr Ziel, irreguläre Migration zu reduzieren.<sup>21</sup>

Die Tendenz zur weiteren Externalisierung zeigt sich auch in dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen Asyl- und Migrationspaket<sup>22</sup>, das derzeit im Rat der EU verhandelt wird. Anstatt einen wirklichen Neuanfang in der europäischen Flüchtlingspolitik einzuleiten, indem legale und sichere Fluchtwege sowie solidarische Verteilungsmechanismen innerhalb der EU geschaffen werden, wird mit dem aktuellen Vorschlag die Auslagerung der Migrationskontrolle weiter forciert, damit Schutzsuchende ihre Herkunfts- und Transitregionen wenn möglich gar nicht erst verlassen können. Die von der Kommission vorgesehenen verpflichtenden sogenannten Asyl- und Rückföhrungsgrenzverfahren würden jedenfalls dazu föhren, dass Menschen monatelang in Lagern an der EU-Außengrenze inhaftiert und isoliert werden.<sup>23</sup> Vor diesem Hintergrund kann auch das begrüßenswerte Vorhaben der EU-Kommission, Missbräuche an den Grenzen durch unabhängige Grenzmonitoring-Mechanismen zu überwachen, insgesamt nicht die Tatsache ausgleichen, dass mit diesem Paket der Grenzschutz weiterhin über den Menschenrechtsschutz gestellt wird.<sup>24</sup>

### AUSBLICK

Indem illegale Pushbacks Teil der europäischen Flüchtlingspolitik werden, läuft die EU Gefahr, gerade selbst das Fundament, auf dem sie gebaut ist, nämlich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, zu untergraben. Aus diesem Grund fordern Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, dass der Fokus der EU-Mitgliedstaaten nicht auf Grenzschutz und Abschiebungen, sondern auf dem Schutz der Menschenrechte liegen sollte.<sup>25</sup>

Die geplante Implementierung von unabhängigen Grenzmonitoring-Mechanismen ist zweifelsohne ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.<sup>26</sup> Diese Mechanismen müssen aber auch

die Möglichkeit vorsehen, unangekündigte Besuche durchzuführen und uneingeschränkten Zugang zu Dokumenten und Orten zu bekommen, um qualitativ hochwertige Beweise sammeln zu können. Denn trotz der glaubwürdigen und überwältigenden Beweise für Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen ist es offenbar schwierig, Fälle von Pushbacks vor Gericht zu bringen und strafrechtlich zu verfolgen. Ein unabhängiger und wirksamer Grenzmonitoring-Mechanismus muss daher mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden, unabhängig von staatlichen Behörden und Regierungsmitteln sein und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.<sup>27</sup>

Um die Ursachen von Pushbacks und Grenzgewalt zu vermeiden, bräuchte es außerdem eine Abkehr von der Politik der Abschottung und Abschreckung und die Schaffung von sicheren Fluchtwegen und humanitären Aufnahmeprogrammen, denn erst diese bieten die Möglichkeit einer geregelten Migration, die Menschenrechte schützt und rechtsstaatliche Prinzipien garantiert.<sup>28</sup>

## QUELLEN

- 1 Amnesty International, *Greece: Violence, lies and pushbacks. Refugees and migrants still denied safety and asylum at Europe's borders* [EUR 25/4307/2021], Juni 2021, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/07/EUR2543072021ENGLISH.pdf>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 2 Amnesty International, *Between the devil and the deep blue sea. Europe fails refugees and migrants in the central mediterranean* [EUR 30/8906/2018], August 2018, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR3089062018ENGLISH.pdf>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 3 Amnesty International, *Malta: Waves of impunity. Malta's human rights violations and Europe's responsibilities in the Central Mediterranean* [EUR 33/2967/2020], September 2020, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR3329672020ENGLISH.pdf>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 4 Amnesty International, *Fear and fences. Europe's approach to keeping refugees at bay* [EUR 03/2544/2015], November 2015, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR0325442015ENGLISH.pdf>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 5 Amnesty International, *Punishing compassion. Solidarity on trial in Fortress Europe* [EUR 01/1828/2020], März 2020, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR0118282020ENGLISH.pdf>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 6 Amnesty International, *Belarus/EU: New evidence of brutal violence from Belarusian forces against asylum-seekers and migrants facing pushbacks from the EU*, Dezember 2021, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/12/belarus-eu-new-evidence-of-brutal-violence-from-belarusian-forces-against-asylum-seekers-and-migrants-facing-pushbacks-from-the-eu/>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 7 Amnesty International, *Pushed to the edge: Violence and abuse against refugees and migrants along Balkan Route* [EUR 05/9964/2019], März 2019, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR0599642019ENGLISH.pdf>, letzter Zugriff am 03. 06. 2022
- 8 Amnesty International, *Slovenia: Push-Backs and denial of access to asylum. Findings of the Research Mission in Velika Kladuša and Bihać*, Juni 2018, abrufbar unter [https://www.amnesty.si/media/uploads/files/Slovenia%20-%20Push-backs%20and%20denial%20of%20access%20to%20asylum%2C%20Amnesty%20International\(1\).pdf](https://www.amnesty.si/media/uploads/files/Slovenia%20-%20Push-backs%20and%20denial%20of%20access%20to%20asylum%2C%20Amnesty%20International(1).pdf), letzter Zugriff am 03. 06. 2022

- 9 LVwG Steiermark 01.07.2021, Geschäftszahl LVwG 20.3-2725/2020; ORF.at, *Heftige Diskussionen nach Pushback-Urteil*, 06. 07. 2021, <https://steiermark.orf.at/stories/3111446/>, Zugriff am 03. 06. 2022; ORF.at, *Illegaler Pushback: LPD verurteilt*, 19. 02. 2022, <https://steiermark.orf.at/stories/3143814/>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 10 Kurier, *Gericht bestätigt illegalen Pushback von minderjährigem Somali*, 19. 02. 2022, <https://kurier.at/mehr-platz/gericht-bestaetigt-illegaler-pushback-von-minderjaehrigen-somali/401910400>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 11 Stenographisches Protokoll, 137. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII. Gesetzgebungsperiode, 16. Dezember 2021, Seite 26, abrufbar unter [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/NRSITZ/NRSITZ\\_00137/fnameorig\\_1438187.html](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/NRSITZ/NRSITZ_00137/fnameorig_1438187.html), Zugriff am 10. 06. 2022
- 12 Amnesty International, *Österreich: Rechtswidrige und systematische Pushbacks an slowenischer Grenze von Höchstgericht bestätigt*, 09. 06. 2022, [https://www.amnesty.at/news-events/oesterreich-rechtswidrige-und-systematische-pushbacks-an-slowenischer-grenze-von-hoehstgericht-bestaetigt?utm\\_source=twitter&utm\\_medium=social&utm\\_campaign=tw\\_asyl](https://www.amnesty.at/news-events/oesterreich-rechtswidrige-und-systematische-pushbacks-an-slowenischer-grenze-von-hoehstgericht-bestaetigt?utm_source=twitter&utm_medium=social&utm_campaign=tw_asyl), Zugriff am 10. 06. 2022
- 13 Amnesty International, *Österreich: Illegale Pushbacks an der steirischen Grenze haben System*, 22. 02. 2022, <https://www.amnesty.at/news-events/oesterreich-illegale-pushbacks-an-der-steirischen-grenze-haben-system/>, Zugriff am 03. 06. 2022; ORF.at, *Neuer Fall von illegalem Pushback*, <https://steiermark.orf.at/stories/3120357/>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 14 Siehe <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 15 Siehe [https://www.echr.coe.int/documents/convention\\_deu.pdf](https://www.echr.coe.int/documents/convention_deu.pdf), Zugriff am 03. 06. 2022
- 16 Siehe [https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer\\_Fluechtlingskonvention\\_und\\_New\\_Yorker\\_Protokoll.pdf](https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf), Zugriff am 03. 06. 2022
- 17 Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, siehe <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000888>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 18 Amnesty International, *Slovenia: Push-Backs and denial of access to asylum. Findings of the Research Mission in Velika Kladuša and Bihać* (siehe Fn 8)
- 19 Amnesty International, *Österreich: Illegale Pushbacks an der steirischen Grenze haben System*, 22. 02. 2022, <https://www.amnesty.at/news-events/oesterreich-illegale-pushbacks-an-der-steirischen-grenze-haben-system/>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 20 ebd.
- 21 Amnesty International, *Positionspapier: Menschenrechtsrisiken und Menschenrechtsstandards bei Migrationskooperationen der EU mit afrikanischen Staaten*, September 2019, abrufbar unter <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2019-09/Positionspapier-Migrationskooperationen-EU-AFRIKA-2019.pdf>, Zugriff am 03. 06. 2022; Amnesty International, *The human rights risks of external migration policies* [POL 30/6200/2017], Juni 2017, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/POL3062002017ENGLISH.pdf>, Zugriff am 03. 06. 2022; Amnesty International, *Mittelmeer-Route: Gefährliche Zusammenarbeit*, 30. 06. 2017, <https://www.amnesty.at/news-events/mittelmeer-route-gefaehrliche-zusammenarbeit/>, Zugriff am 10. 06. 2022
- 22 Siehe [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/new-pact-migration-and-asylum\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/new-pact-migration-and-asylum_de), Zugriff am 03. 06. 2022

- 23 Amnesty International et al., *NGO-Statement zum neuen Asyl- und Migrationspakt der Europäischen Kommission*, 06. 10. 2020, abrufbar unter <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2020-10/NGO-Statement-Asyl-und-Migrationspakt-der-Europaeischen-Kommission-Oktober-2020.pdf>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 24 Amnesty International, *EU: Migration Pact is not a fresh start but a false start*, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/09/eu/>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 25 Amnesty International, *Österreich: Illegale Pushbacks an der steirischen Grenze haben System*, 22. 02. 2022, <https://www.amnesty.at/news-events/oesterreich-illegale-pushbacks-an-der-steirischen-grenze-haben-system/>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 26 Amnesty International et al., *NGO-Statement zum neuen Asyl- und Migrationspakt der Europäischen Kommission*, 06. 10. 2020, abrufbar unter <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2020-10/NGO-Statement-Asyl-und-Migrationspakt-der-Europaeischen-Kommission-Oktober-2020.pdf>, Zugriff am 03. 06. 2022
- 27 ebd.
- 28 Amnesty International, *Österreich: Illegale Pushbacks an der steirischen Grenze haben System*, 22. 02. 2022, <https://www.amnesty.at/news-events/oesterreich-illegale-pushbacks-an-der-steirischen-grenze-haben-system/>, Zugriff am 03. 06. 2022

## Wieso wir nicht aufgeben dürfen: Humanitärer Widerstand an den EU-Außengrenzen

PETAR ROSANDIĆ

Ich schreibe diese Zeilen einige Tage nachdem ich von der Balkanroute wieder nach Wien zurückgekommen bin. Die Eindrücke chronisch gewordener hässlicher Bilder, die Gesichter verzweifelter Menschen, darunter sehr viele noch minderjährig, die Geschichten über die systematische Polizeigewalt und die omnipräsente Ignoranz und Herzlosigkeit unserer Politiker:innen und unseres Systems: All das sind chronisch gewordene Zustände entlang der EU-Außengrenzen, all das ist heute fundamentaler Teil der brutalen Festung Europa und zugleich ein mehr als nur alarmierendes Abbild unserer angeblichen Wertegesellschaft Europa.

Im heutigen Europa der Zäune, Mauern und Rechtspopulist:innen werden sowohl das gültige Recht auf ein faires Asylverfahren (z. B. Ungarn oder Kroatien) als auch die Genfer Menschenrechtskonvention systematisch ausgehebelt und mit Füßen getreten. Wer sehen will, was die Festung Europa „vor Ort“ schlussendlich für die Menschen bedeuten kann, der:die kann gerne unseren Helfer Nihad besuchen, der regelmäßig nach Vermissten und Toten sucht – und immer mehr Tote auf der Balkanroute auch findet. Tote, die in Flüssen ertrunken sind, auf Minen aus dem letzten Balkankrieg gestiegen sind oder durch das Nicht-Existieren legaler Fluchtwege von dieser Asylpolitik bewusst in die Hände von brutalen Schleppern getrieben werden. Geflüchtete Menschen werden seit Jahren auf der Balkanroute chronisch zum politischen Spielball gemacht, werden illegal und gegen geltendes Recht in Nicht-EU-Länder wie Bosnien-Herzegowina oder Serbien abgeschoben, landen auf

Müllhalden neben Minenfeldern (Vučjak, 2019), in administrativen Niemandsländern gefangen zwischen Polizeisperren (Otoka, 2020) oder werden von Behörden in den Bergen isoliert (Lipa, bis heute). Aus den Augen, aus dem Sinn ...

## RECHTSFREIER RAUM EU-AUßENGRENZE

Wir brauchen uns aufgrund der erdrückenden Beweislage, der über 13.000 dokumentierten Menschenrechtsverletzungen nichts mehr vorzutäuschen: Die EU-Außengrenze ist heute de facto ein rechtsfreier Raum, in dem ein wechselseitiges Spiel zwischen massiver, rassistischer Polizeigewalt und der notgedrungenen Abhängigkeit der Menschen von Schleppern stattfindet. Somit sind immer wiederkehrende humanitäre und menschliche Katastrophen vorprogrammiert und politisch hausgemacht. Ebenso klar ist: Die hässlichen Bilder, die Pushbacks, die Gewalt – all das ist kein Zufall, sondern politisch gewollt. Dass die kroatischen Polizisten, die von Kameraleuten des ARD-Studios Wien beim Schlagen von Geflüchteten gefilmt wurden, keine rechtlichen und beruflichen Konsequenzen erlebt haben, sondern weiter ihren Beruf an der Grenze ausüben, bestätigt eigentlich nur die Rechtsfreiheit des Raumes EU-Außengrenze. Dass Kroatien zudem mittlerweile mit dem Schengen-Beitritt für den „Außengrenzschutz“ belohnt wurde und dabei alle Menschenrechtsverletzungen entlang seiner Grenzen außer Acht gelassen wurden, sagt hingegen viel über den Zustand der heutigen Europäischen Union aus, wenn es um fundamentale Menschenrechte geht.

Als wir 2019 begannen, im deutschsprachigen Raum erstmals diese Zustände anhand der Situation im Grenzgebiet Kroatien/Bosnien-Herzegowina aufzudecken und aufzuzeigen, gab es seitens einiger heimischen Politiker:innen – zumindest auf deklara-

tiver Ebene – noch Zustimmung und Empathie, dass die Zustände entlang der EU-Außengrenzen unhaltbar sind und dass man dagegen ankämpfen muss. Wir schafften es damals als erste NGO, einer Justizministerin (Alma Zadić) eines EU-Mitgliedstaates am 20. Juni 2020 all die Dokumentationen des Border Violence Monitoring Networks über illegale Pushbacks und die tausenden Fälle von systematisch betriebener Polizeigewalt zu übergeben. Zugleich kamen mehrere Nationalratsabgeordnete mit uns nach Bosnien, aber auch Serbien mit, um sich selbst ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Ebenso übergaben wir die gleichen und noch mehr Beweise, bis auf Ausnahme der FPÖ, die zu diesem Termin trotz Einladung nicht erschienen ist, allen Menschenrechtssprecher:innen der im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien. Unser Ziel war und ist es auch weiterhin, dass niemand, der politische, mediale oder sonstig relevante gesellschaftliche Verantwortung trägt, eines Tages öffentlich sagen kann, er oder sie hätte nichts gewusst. Und so wissen auch 2023 alle relevanten politischen Verantwortungsträger:innen in Österreich nur allzu gut Bescheid, was für hausgemachte Katastrophen sich auf der Balkanroute, an der Grenze Polen/Belarus oder auf den griechischen Inseln abspielen. Der Unterschied ist dabei nur: Manche, so wie zum Beispiel Journalist:innen, sind oder werden nur Zeitzeug:innen, andere – wie unser Kanzler, Innenminister und die asylpolitischen Hardliner:innen, die tagtäglich aus menschlichem Leid politisches Kapital schlagen – tragen direkte Verantwortung für die menschenunwürdigen Zustände an den EU-Außengrenzen. Gerade deswegen haben wir mit unserer Kampagne „Österreich ist Täter“ die Verantwortlichen klar und kompromisslos benannt: SOS Balkanroute ist aus der Not und aus den lebensrettenden Aktionen an den EU-Außengrenzen, vor Ort, entstanden – und nicht aus dem Plan, eine weitere systemerhaltende Wischwaschi-NGO zu sein, die den Verantwortlichen zum Reinwaschen ihrer eigenen Verantwortung dient.

## ÖSTERREICHS SCHMUTZIGE ROLLE AM BALKAN

Denn leider muss man nach vier Jahren humanitärem Kampf an der EU-Außengrenze und unermüdlicher politischer und medialer Bewusstseinsarbeit in Österreich auch ein ernüchterndes, ja eigentlich vernichtendes Resümee für die heimische Politik ziehen: Anstatt dagegenzusteuern, anstatt sich für die Wiederherstellung der Menschenrechte entlang der EU-Außengrenze laut zu machen und einzusetzen, befeuert das offizielle Österreich nur weiterhin die Zustände und verschlimmert diese noch zusätzlich.

Einerseits beteiligt man sich am Bau isolierter Lager, wie etwa Lipa, wo Menschen in Gebieten ohne soziale Infrastruktur – wie unser ehemaliger Innenminister Herbert Kickl leider treffend sagen würde – „konzentriert“ werden, andererseits schließt man Deals mit autokratischen Regimen bzw. „illiberalen Demokratien“ (Orbán, Vučić usw.) ab und schickt mittlerweile immer mehr österreichische Polizist:innen in den rechtsfreien Raum EU-Außengrenze. So beteiligen sich heute mittlerweile 70 Beamt:innen des Bundesministeriums für Inneres an einem Einsatz an der ungarisch-serbischen Grenze, ebenso befindet sich ein kleineres Kontingent an der serbisch-mazedonischen Grenze.

Da aufgrund der zahlreichen Pushbacks und tagtäglichen Gewaltfälle völlig klar ist, dass die Polizei in diesen Einsätzen gültiges Recht bricht, sollte man auch die berechtigte Frage stellen: Was wird passieren, wenn diese Polizist:innen – aus diesem rechtsfreien Raum kommend – eines Tages nach Österreich zurückkommen? Es zeigt sich immer mehr, dass all das, wovor wir schon vor Jahren gewarnt haben, sich nun auch bewahrheitet: Die Zustände, die unsere Politik und mittlerweile auch unsere Polizeibeamten:innen direkt zu verantworten haben, werden eines Tages wie ein Bumerang nach Österreich zurückkommen und

letztendlich eines Tages uns selbst betreffen. Denn: Die berufliche Deformation von Polizist:innen in solchen Einsatzgebieten ist vorprogrammiert. Umso mehr, wenn man bedenkt, dass die österreichischen Beamt:innen – Seite an Seite – mit Viktor Orbáns umstrittener „Grenzjäger“-Einheit patrouillieren und dabei mit Kadern ohne wesentliche polizeiliche Vorkenntnisse unterwegs sind. Die einzige Voraussetzung, die man braucht, um in Ungarn Grenzjäger zu werden, sind die Staatsbürgerschaft, ein Alter bis 55 Jahre und Unbescholtenheit. Rekrutiert werden diese in Bierzelten, bei Motorradshows oder auf der Straße. All das macht mehr als nur klar deutlich: Österreich ist als selbsternannte Balkanroutenschließer-Heimat nicht nur politisch für diese Zustände verantwortlich, sondern auch mit eigenen Polizeieinheiten an dieser Schande beteiligt.

## DAS ERWACHEN DER KOMMUNEN

Nach vier Jahren entlang den EU-Außengrenzen, in denen sich fundamental für die Menschen leider nichts geändert hat und wir weiterhin nur Feuerlöscher:innen einer chronisch gewollten Krise sind, nach zahlreichen Übergaben und Beweisvorlagen an Politiker:innen stellen wir uns immer wieder die Frage: Was können wir noch im politischen Kampf tun, um den herrschenden Zuständen etwas entgegenzusetzen? Abgesehen von humanitärer Hilfe, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Sammelaktionen, Ausstellungen ...

Nachdem wir resignierend feststellen mussten, dass in den Parlamenten und bestimmenden Gremien des siebentreichsten Landes der Welt kein ausreichender Wille bzw. keine Mehrheiten da sind, um tatsächlich etwas zu verändern, sondern sich die Lage durch die Entsendung österreichischer Polizist:innen in solche rechts-

freien Einsatzgebiete auch noch wesentlich verschlimmert, haben wir das Modell der „Städtepartnerschaften der Menschlichkeit“ entwickelt, welches den Gemeinden und Städten in Österreich die Möglichkeit bietet, aktive kommunale Gegenzeichen entlang der EU-Außengrenzen zu setzen. Davor gab es an die Kommunen nur das Angebot des „Sicheren Hafens“, bei dem sich Städte und Gemeinden zwar aufnahmebereit zeigen, das letztendlich aber nur eine Entscheidung rein deklarativer Natur – ohne Verpflichtungen und wahrhaftige Perspektiven für die Betroffenen – bleibt.

In Zusammenarbeit mit Traiskirchens Bürgermeister Andreas Babler und der Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr wurden die Städtepartnerschaften der Menschlichkeit im Jänner 2022 mit der Stadtregierung von Bihać vereinbart. Die Stadt Bihać, eine der am meisten belasteten Städte entlang aller EU-Außengrenzen, wurde in all den Jahren von der EU mit den hohen Zahlen an Geflüchteten allein gelassen, obwohl die Stadt gerade durch das EU-Grenzregime zum Flaschenhals Bosnien-Herzegowinas geworden ist. Von den 93 Millionen Euro, die die EU zur International Organisation for Migration (IOM) in Bosnien-Herzegowina für die „Migrationskrise“ in Bosnien-Herzegowina geschickt hat, sah die Stadtgemeinde Bihać laut Aussagen des Bürgermeisters Šuhret Fazlić „nicht einen Cent“. Mit unserer vermittelnden Rolle konnten wir dazu beitragen, dass die Stadt Traiskirchen der Stadt Bihać einen dringend benötigten Rettungswagen spendete, der sowohl für Geflüchtete als auch für Einheimische im Einsatz ist. Ebenso setzte die Stadt Graz ein Zeichen der Unterstützung und stattete die lokale Feuerwehr mit neuer Ausrüstung aus.

Seitdem, im Unterschied zur Bundesregierung, Babler und Kahr konkrete Hilfe und ein Zeichen internationaler Solidarität gesetzt haben, wird auch unsere humanitäre Arbeit vor Ort noch positiver wahrgenommen als zuvor. Damit konnten wir auch der

Kriminalisierung von Helfer:innen vor Ort entgegenwirken, aber auch die Stadt Bihać dazu bewegen, die Arbeit von NGOs wie unserer noch mehr zu stützen und humanitäre Hilfe vor Ort zu erleichtern.

## NUR NICHT SCHWEIGEN

Obwohl das System uns chronisch Steine in den Weg legt und immer wieder Menschlichkeit verhindert, gibt es nicht nur in Form der „Städtepartnerschaften der Menschlichkeit“ Hoffnung für neue kämpferische Ansätze. Hoffnung geben auch die seit vier Wintern in ganz Österreich laufenden Sammelaktionen, bei denen tausende Menschen ihre Schlafsäcke, warme Bekleidung und all das zu uns bringen, was Geflüchtete entlang der Balkanroute brauchen. Jede Spende rettet nicht nur Leben auf der Balkanroute, sondern ist zugleich auch eine Stimme des Protests gegen die Politik der Bundesregierung. Die Sammelaktionen haben auch dieses Jahr dafür gesorgt, dass wir mehrere LKW nach Bosnien und Serbien schicken konnten, die unseren Helfer:innen und anderen befreundeten NGOs ermöglichen, Hilfe zu leisten. In Oberösterreich schafften wir es dieses Jahr, mit Vöcklabruck, Steyr, Linz und Gallneukirchen gleich in mehreren Gemeinden und Städten solche Sammelaktionen stattfinden zu lassen, und haben dabei auch zahlreiche Akteur:innen und Vereine – von lokaler Prominenz über Pfarren bis zu Moscheen – in die Aktionen involviert. Die Beteiligung von bekannten Influencer:innen und Künstler:innen wie Steffi Sargnagel, Toxische Pommes oder Alexandra Stanić, aber auch von Sportler:innen wie den Wiener Sportclub-Frauen zeigt, dass es in Österreich noch immer prominente und kritische Gegenstimmen gibt. Breite, diverse und bunte Allianzen, die den Mächtigen Angst machen und sie immer wieder daran erinnern: Menschenrechte sind nicht teilbar!

Die grenzenlose Vernetzungsarbeit der letzten Jahre und die breiten Allianzen, sei es jene mit dem *Pfarnetzwerk Asyl* in Österreich oder die mit dem Roten Kreuz der Stadt Bihać in Bosnien vor Ort, haben dazu geführt, dass die Menschlichkeit sich – allem zum Trotz – immer wieder durchsetzen konnte. Gemeinsam haben wir 2019 die Horrorbedingungen im Camp Vučjak erfolgreich aufgezeigt und konnten durch medialen Druck eine Schließung dieses Camps erwirken. Dabei waren wir eine der ersten Initiativen vor Ort, brachten Hilfsgüter und sorgten dafür, dass das lokale Rote Kreuz zumindest warme Mahlzeiten und warme Kleidung hatte und austeilen konnte. Im Dezember 2020, nach dem Brand im Camp Lipa, ging es darum, tausende Menschenleben zu retten, die von der IOM den Feldern, der Kälte und dem Schnee überlassen wurden. Die österreichische Zivilgesellschaft war in der Stunde größter Not an vorderster Front da, spielte eine Schlüsselrolle und konnte vor Ort die Dinge zum Positiven beeinflussen. Und das Wichtigste: Die Menschen haben letztendlich überlebt und die Mehrheit von ihnen ist längst in der EU angekommen. Projekte wie das mit Geldern von *Courage* betriebene Tageszentrum *Integreat* in Sarajevo zeigen auch heute noch, was alles möglich wäre, wenn man Menschen auf Augenhöhe und mit Wertschätzung begegnet: Einige der Schützlinge haben Asyl in Bosnien bekommen, gehen Jobs nach und helfen selbst anderen Geflüchteten, die ins Tageszentrum kommen.

Auch 2023 heißt es, weiterzukämpfen, nicht müde zu werden und die Medien hierzulande an das Leid der Menschen entlang der EU-Außengrenzen zu erinnern. Wir dürfen all jenen, die in Wien im Warmen sitzen und sich anmaßen, über die Existenzen von verzweifelten, tausende Kilometer gehenden Menschen an den EU-Außengrenzen, zu entscheiden, keinen Frieden geben. Niemals. Wir kämpfen weiter, was sonst!?

## Warum ich mich hier zuhause fühle und dort nicht

TINA IM GESPRÄCH MIT ANGELIKA KOLLER  
IM FEBRUAR 2022

Tina lebt bis zu ihrem zwölften Lebensjahr in Österreich. Am 28. Jänner 2021 wird die damals zwölfjährige Schülerin gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrer jüngeren Schwester nach Georgien abgeschoben. Der Einsatz von Bereitschaftseinheiten und Polizeihunden vor dem Schubhaftzentrum soll die Blockierung der Abschiebung durch Aktivist:innen verhindern. Aus dem Protest jedoch wird eine zivilgesellschaftliche Bewegung: Schüler:innen organisieren Aktionen, NGOs betonen die Missachtung des Kindeswohls und fordern die Wahrung der Kinderrechte.

Mit einem Schüler:innenvisum kommt Tina zurück nach Österreich, vorerst wohnt sie bei einer Gastfamilie. Erst nach Monaten entscheidet das Bundesverwaltungsgericht (BVwG), dass die Abschiebung von Tina und ihrer Familie rechtswidrig war. Der Maßnahmenbeschwerde gegen das Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen (BFA), initiiert durch Tinas Anwalt, wird recht gegeben.

### **Angelika Koller: Tina, hörst du gerne Musik? Hast du ein Lieblingslied, von dem du erzählen möchtest?**

Tina: Ich höre viele Lieder gerne, ein konkretes Lieblingslied habe ich nicht. Ich kann traurige und auch laute Musik hören. In jedem Lied finde ich etwas, das zu mir passt. Ich habe eine Playlist erstellt und viel Musik mit meinen Freund:innen gehört. Auch jetzt drehen wir immer Musik auf, wenn wir uns treffen.

**Ich höre gern Patti Smith. In einem ihrer Lieder, „People Have the Power“, singt sie davon, dass Menschen viel erreichen können, wenn sie gemeinsam für etwas kämpfen und einstehen. Als du mit deiner Familie in einem Abschiebezentrum festgehalten wurdest, gingen viele deiner Freund:innen, Lehrer:innen und auch Menschen, die du nicht kanntest, gegen eure Abschiebung auf die Straße. Wie hat sich das für dich angefühlt?**

Ich war so dankbar. Und ich war überrascht, dass sich so viele Menschen für mich eingesetzt haben. Viele haben sogar eine Petition unterschrieben. Oder meine Freund:innen! Nie hätte ich von ihnen erwartet, so viel für mich zu tun. Wir sind jetzt sogar noch enger befreundet als zuvor. Als ich erfahren habe, dass ich Österreich verlassen muss, habe ich meiner Klasse abends geschrieben: „Hi Leute, ich werde jetzt abgeschoben.“ Und von einem Tag auf den anderen war ich überall in den Medien. Ja, das war schon krass. Dadurch hatte ich auch große Hoffnung, hier bleiben zu können. Letztendlich hat es nicht geklappt.

**Kannst du uns, bevor wir über deine Abschiebung sprechen, von deinem Leben in Österreich erzählen?**

Wir haben immer dafür gekämpft, bleiben zu können. Von dem Risiko, abgeschoben zu werden, hatte ich nur meiner besten Freundin erzählt. Ich hatte Angst, andere würden mich nicht mehr so wahrnehmen, wie ich eigentlich bin, mich bemitleiden oder denken, ich würde nach Aufmerksamkeit suchen. Das wollte ich nicht. Meine beste Freundin hat mir Kraft gegeben. Ich dachte nicht, dass das wirklich passieren könnte.

Vor ein paar Jahren waren wir bereits einmal im Abschiebezentrum in der Zinnergasse. Meine Schwester wurde krank und durfte nicht fliegen, deshalb durften wir bleiben. Damals nahm ich das nicht so intensiv wahr. Jetzt war ich überall in den Medien. Ich habe für mich gesprochen. Jede:r hat für mich gesprochen. Und dann wurde ich doch abgeschoben.

**Wie erinnerst du dich an den Tag der Abschiebung?**

Wir hatten gerade zu Abend gegessen, als die Polizei bei uns zuhause anklopfte. Alle sind hereingekommen, es waren sehr viele. Sie forderten uns auf, unsere Koffer zu packen. Da habe ich es realisiert. Meine Mutter hat mir gesagt, dass ich meinen Freund:innen schreiben oder jemanden anrufen sollte. Plötzlich waren alle online. Ich rief meine Freundin an und sah mir ein letztes Mal mein Zimmer und meine Fotos an.

Die Zeit in der Zinnergasse ist langsam vergangen. Es war so still. Meine Schwester ist sehr aktiv, ein fröhliches und lautes Kind. Sie spielt und bewegt sich gerne. Eingesperrt in einem Zimmer saßen wir uns einfach gegenüber und schauten uns gegenseitig an. Wir konnten nicht weinen, nur nachdenken. Meine Schwester stellte immer wieder die gleichen Fragen: „Kannst du mit mir spielen? Warum sind wir hier? Wann gehen wir?“

Unsere Handys durften wir eine Stunde pro Tag nutzen. Als ich meine beste Freundin anrief, fing sie zu weinen an und erzählte mir: „Hey, wir haben eine Petition gestartet und Unterschriften gesammelt. Wir kommen morgen. Wir haben eine Demo organisiert!“ Und ich so: „Was, was, was?“

**Wie ging es dann weiter?**

Wir konnten sowieso nicht schlafen. In der Nacht wurden wir ins Auto gebracht. Wir konnten zwar Menschen hören, wussten jedoch nicht, dass sie für uns demonstrierten. Die Polizist:innen im Auto sahen auf ihren Handys eine Übertragung der Demonstration, drehten die Bildschirme von uns weg und den Ton leise. Und dann ging's los. Und das Auto ist gefahren. Und dann wussten wir: Okay, jetzt werden wir zum Flughafen gebracht. Während der Wartezeit habe ich so gehofft, dass irgendetwas passiert, der Flug abgesagt wird oder etwas dazwischenkommt. Und dann sind wir geflogen. Im Flugzeug habe ich aus dem Fenster geschaut und versucht, meine Schwester aufzuheitern: „Hey, wir werden jetzt bei Oma wohnen.“

### **Wie hast du deine Zeit in Georgien verbracht?**

Eine meiner ersten Erinnerungen, nachdem wir in Georgien angekommen waren, sind drei verletzte Straßenhunde, ohne Essen und Trinken. Das hat mich so traurig gemacht, ich liebe Tiere.

Wir haben bei meiner Oma im Dorf gewohnt. Viel zu erleben gibt es dort nicht, Kinder leben eher in der Stadt. Vor allem im Winter war es nicht einfach. Als es draußen schneite, habe ich Schneengel gemacht und im Schnee gespielt. Meine Verwandten, die ich manchmal besuchen konnte, versuchten mir Kraft zu geben: „Stell dir vor, du bist hier im Urlaub.“ Nach ein paar Monaten sind wir in die Hauptstadt gezogen und teilten uns eine Wohnung mit meiner Cousine.

Im Sommer war es einfacher. Meinen dreizehnten Geburtstag wollte ich eigentlich in Österreich mit meinen Freund:innen feiern, das hatten wir schon so lange geplant. Aber meine Mama hat alles gegeben, um mir trotzdem einen schönen Tag zu schenken.

Mit Freund:innen habe ich viel telefoniert. Meistens riefen sie mich gemeinsam per Video-Call an. Dass mich die Anrufe sehr traurig stimmten, versuchte ich mir nicht anmerken zu lassen. Aber nachdem sie aufgelegt hatten, drehten sich immer wiederholende Fragen in meinem Kopf. Werde ich nun für immer hierbleiben? Werden mich meine Freund:innen vergessen?

### **Seit ein paar Wochen bist du wieder in Österreich. Was ist seither passiert?**

Ich bin als Touristin bei einer Gastfamilie und habe einen Antrag auf ein Schüler:innervisum gestellt. Als ich wieder in Österreich ankam, sah ich erst Plakate und Werbungen auf Deutsch, bis ich realisierte: Ich kann alles lesen! Ich war so aufgeregt. Ich wusste ja, dass meine beste Freundin am Flughafen auf mich wartete und wir uns jeden Moment wieder umarmen konnten.

### **Und deine Mama und deine Schwester sind noch in Georgien?**

Ja, leider. Für mich ist es sehr wichtig, meinen Schulabschluss in Österreich zu machen, obwohl es mich sehr traurig macht, dass meine Familie in Georgien wohnt und wir hier nicht gemeinsam leben können. Vielleicht können die beiden mich als Touristinnen besuchen. Ich wünsche mir sehr, dass sie irgendwann zurückkommen und wir unser altes Leben führen können, ohne die ständige Angst vor der Abschiebung und der Polizei.

### **Tina, was wünschst du dir von Politiker:innen?**

Ich finde, es war ein Fehler, mich abzuschieben. Ich wiederhole mich zwar immer wieder in Interviews, aber ich möchte es noch einmal betonen: Ich war wie andere Kinder, wie meine Freundin. Ich bin hier geboren, bin hier in die Schule gegangen, habe mein Leben in Österreich geführt, habe Spaß gehabt. Ich habe hier niemanden gestört. Und trotzdem wurde mir mein Leben weggenommen. Plötzlich wurde von mir erwartet, in eine georgische Schule zu gehen und mein Leben in einem fremden Land weiterzuführen. Ich würde mir von Politiker:innen wünschen, sich vorzustellen, morgen in ein fremdes Land abgeschoben zu werden. In ein Land, in dem sie keine Freund:innen haben und dessen Sprache sie nicht sprechen.

Ich wünsche niemandem, was ich und meine Familie erleben mussten. Das war eine sehr, sehr schwierige Zeit für uns. Ich hoffe, Politiker:innen werden sich dafür einsetzen, dass Kinderabschiebungen verboten werden. Das kann man Kindern einfach nicht antun, so ein Leben. Ich könnte so viele Beispiele nennen, warum ich mich hier zuhause fühle und dort nicht. Wenn man etwas kennt und sich daran gewöhnt hat, das ist wie bei Kleinkindern: Wenn man ihnen ihr Kuschtier wegnimmt und es durch ein anderes ersetzt, dann sind sie unglücklich, weil sie das eigene kennen und damit immer gespielt, gekuschelt und geschlafen haben. Und

dann gibt man ihnen ein anderes und sagt: „Ja hey, das ist doch quasi dasselbe.“ Und das ist es nicht, es ist ganz anders.

## KINDER HABEN RECHTE

Nachdem der Beschwerde gegen die Abschiebung seitens des Bundesverwaltungsgerichts stattgegeben und die Abschiebung für rechtswidrig erklärt wird, können auch Tinas Mutter und ihre Schwester nach Österreich zurückkehren. Kinder haben Rechte, so die Entscheidung des BVwGs; eine Interessenabwägung zwischen der Republik Österreich einerseits und den Interessen der Betroffenen nach „Aufrechterhaltung des Privat- und Familienlebens“ andererseits hätte durchgeführt werden müssen. Tina wurde von den Behörden nie angehört. Abschiebungen sind traumatisierend, Spätfolgen der seelischen Verletzungen kaum abzuschätzen. Zukunftspläne und Perspektiven werden zerstört, Beziehungen zerrissen. Tina spricht offen von dem Druck und der Unsicherheit, die sie in ihrer Kindheit begleiteten. Die Sorge, nicht mehr dazuzugehören, führt zum Verbergen der eigenen Ängste.

Die *Plattform für eine menschliche Asylpolitik* positioniert sich für die rasche Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen der Kindeswohlkommission<sup>1</sup>, insbesondere für das Mitspracherecht von Bezugspersonen der Betroffenen, von Vertreter:innen der jeweiligen Gemeinde und von humanitären Organisationen. Kein Kind darf gezwungen werden, plötzlich wieder fremd zu werden.

---

1 Die Kindeswohlkommission wurde im Februar 2021 eingerichtet. Ziel der Kommission war die Prüfung, „wie sehr das zentrale Anliegen Kindeswohl in die weitreichenden Entscheidungen bei Asyl- und Bleiberechtsverfahren miteinfließt“. (BMJ 2021). Im Abschlussbericht vom 13. 07. 2021 wurden Empfehlungen, unter anderem zu Änderungen im Umgang mit Kindern im Asyl- und Fremdenrecht, formuliert.

## Globale Klimaerwärmung und die Flucht vor anthropogenen Naturkatastrophen

ANDREAS WEBER

In allen Phasen der Gesellschaftsgeschichte sind Menschen immer wieder zur Flucht gezwungen worden.<sup>1</sup> Im Unterschied zur optionalen Migration, zu der sich Menschen freiwillig und unter sicheren gesellschaftlichen Bedingungen entschließen, wird von Flucht dann gesprochen, wenn vor einer „lebensbedrohenden Zwangslage aufgrund von Gewalt“ ausgewichen wird. Es handelt sich bei „Fluchtmigration“<sup>2</sup> mithin um eine besondere Form der Zwangsmigration. Bei Jochen Oltmer findet sich hierzu eine prägnante Definition:

*„Flucht ist das Ausweichen vor einer lebensbedrohenden Zwangslage aufgrund von Gewalt. Flucht ist selten ein linearer Prozess, vielmehr bewegen sich Flüchtlinge meist in Etappen: Häufig lässt sich zunächst ein überstürztes Ausweichen in die nächste Stadt oder einen anderen als sicher erscheinenden Zufluchtsort in der unmittelbaren Nähe ausmachen, dann die Weiterwanderung zu Verwandten und Bekannten in einer benachbarten Region bzw. einem Nachbarstaat oder das Aufsuchen eines informellen oder regulären Lagers.“<sup>3</sup>*

---

1 Andreas Kossert (2020), *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, München: Siedler.  
2 Albert Scherr/Karin Scherschel (2019), *Wer ist ein Flüchtling? Grundlagen einer Soziologie der Zwangsmigration*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 16.

Mit Blick auf die Ursachen, die Menschen in den verschiedenen Phasen der Geschichte zur Flucht gezwungen haben, gibt es einige Gemeinsamkeiten: Naturkatastrophen, Ressourcenknappheit und ökonomische Not, soziale Konflikte und Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, klimatische Veränderungen und ökologische Krisen, aber auch beängstigende Lebensperspektiven dürften zu den wichtigsten zählen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es noch nie so viele Flüchtlinge wie in der globalisierten Gesellschaft unserer Tage gab. Allein im Jahr 2020 waren es nach Angaben des UNHCR rund 82,4 Millionen und damit ungefähr ein Prozent der Weltbevölkerung.<sup>4</sup> Bei der Mehrzahl von ihnen – rund 48 Millionen – handelte es sich um Binnenflüchtlinge, d. h. um Menschen, die innerhalb der Grenzen ihres Landes auf der Flucht waren und oftmals nach einer gewissen Zeit wieder an ihren alten Lebensort zurückkehren konnten.<sup>5</sup>

Vor dem Hintergrund der in Europa teils höchst kontrovers geführten Debatten um Flucht, Asyl und Migration – „Das Boot ist voll!“ versus „Kein Mensch ist illegal!“ – mag überraschen, dass mit rund 86 Prozent die meisten der fliehenden Menschen in „developing countries“<sup>6</sup> verbleiben. Nur ein geringer Teil versucht, nach Europa oder in andere Regionen des Globalen Nordens zu gelan-

---

3 Jochen Oltmer (2017), Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, o.S. (zit. nach Bundeszentrale für politische Bildung. Lexikon. Artikel „Flucht“ unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270366/flucht/>)

4 <https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/zahlen-im-ueberblick>

5 Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn sich die durch Naturkatastrophen entstandenen Schäden beseitigen ließen oder politische Konflikte gelöst werden konnten.

6 „In all, 86 per cent of people displaced across borders are in developing countries. Only one of the world's top-ten hosting countries is in a developed region.“ (UNHCR 2021, Global Trends 2020, S. 19)

gen. Gerade die Mitglieder der ärmeren Bevölkerungsschichten bleiben oftmals in den Krisenregionen, da sie sich die Flucht in weiter entlegene Länder nicht leisten können.<sup>7</sup>

Mit Blick auf die Fluchtursachen ist festzustellen, dass die Bedeutung von Naturkatastrophen, die mit der anthropogenen Klimaerwärmung in einem kausalen Zusammenhang stehen, stark zugenommen hat. Als wissenschaftlich bewiesen gilt, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem globalen Anstieg der anthropogenen Naturkatastrophen und der Expansion eines kapitalistischen Wirtschaftssystems gibt. Denn indem die Logik „extensiven Wachstums“<sup>8</sup> in globaler Dimension zur dominierenden ökonomischen Logik geworden ist, hat ein ökologisch zerstörerischer Verbrauch von natürlichen Ressourcen und fossilen Energieträgern einen massiven Schub erfahren.

In welchem Umfang sich die anthropogenen Naturkatastrophen in den letzten Jahrzehnten gesteigert haben, welche Regionen davon besonders betroffen sind oder deren Entstehung maßgeblich zu verantworten haben, soll im Folgenden anhand einiger Daten veranschaulicht werden.

## ANSTIEG DER NATURKATASTROPHEN

Der wissenschaftlichen Datenlage zufolge hat die Anzahl der Naturkatastrophen und ihre Bedeutung als *Fluchtursache* in den letzten Jahrzehnten weltweit stark zugenommen. Dabei wird zwischen wetterbedingten Naturkatastrophen, die mit dem anthropogenen

---

7 Albrecht Scherr/Karin Scherschel, a.a.O., S. 30f.

8 Günter Dux (2013), Demokratie als Lebensform. Die Welt nach der Krise des Kapitalismus, Weilerswist: Velbrück, S. 255.

Wandel des Klimasystems in einem kausalen Zusammenhang stehen, und Naturkatastrophen, die sich unabhängig von anthropogenen Einflüssen bilden, unterschieden.

Zur Gruppe der anthropogenen Naturkatastrophen gehören beispielsweise Überschwemmungen, Stürme, Hitzewellen oder Dürren, wohingegen Vulkanausbrüche oder Erdbeben den natürlich bedingten zuzurechnen sind. Der Vergleich der weltweiten Naturkatastrophen in den Zeiträumen von 1980 bis 1999 und 2000 bis 2019 lässt erkennen, dass besonders die extremen Wetterereignisse stark zugenommen haben. So ist etwa die Anzahl der Überschwemmungen um mehr als 150 % angestiegen, die der extremen Temperaturen um mehr als 200 %. Stark zugenommen haben auch Dürren, Flächenbrände und Stürme – und mit ihnen die materiellen Schäden und die menschlichen Opfer.

**Tabelle 1: Anzahl der Naturkatastrophen weltweit in den Zeiträumen 1980 bis 1999 und 2000 bis 2019**

	1980 bis 1999	2000 bis 2019
Überschwemmungen	1.389	3.254
Stürme	1.457	2.043
Erdbeben	445	552
Extreme Temperaturen	130	432
Erdrutsche	254	376
Dürren	263	338
Flächenbrände	163	238
Vulkane	84	102
Trockene Erdrutsche und Steinschläge	27	13

Quelle: CRED/UNDRR 2020 © Statista 2021

## GRÖßERE SCHÄDEN UND MEHR OPFER

Die Zunahme der anthropogenen Naturkatastrophen hat in den letzten 50 Jahren zu einer enormen Vermehrung der materiellen Schäden geführt. Besonders Versicherungsunternehmen verfolgen diese Entwicklung mit großem Interesse, da sie zu betriebswirtschaftlich potenziell unlösbaren Problemen führen könnte. Ersichtlich wird dies, wenn wir die Entwicklung der weltweiten Versicherungsschäden in den Blick nehmen. Beliefen sie sich zwischen 1971 und 1980 durchschnittlich auf ungefähr 3,5 Milliarden Dollar pro Jahr, lagen sie zwischen 2011 und 2020 schon bei rund 73,5 Milliarden Dollar jährlich.

**Tabelle 2: Weltweite Versicherungsschäden verursacht durch Naturkatastrophen von 1971 bis 2020 (in Milliarden US-Dollar)**

2011–2020	735,66
2001–2010	448,71
1991–2000	260,66
1981–1990	104,12
1971–1980	35,82

Quelle: Swiss Re 2021 © Statista 2020

Ein noch drastischeres Bild ergibt sich, wenn die in den letzten fünf Jahrzehnten ständig gestiegenen Schadenssummen miteinander verglichen werden. Sind im Zeitraum zwischen 1971 und 1980 noch Versicherungsschäden in Höhe von insgesamt 35,82 Milliarden Dollar durch Naturkatastrophen entstanden, haben diese zwischen 2011 und 2020 schon die atemberaubend hohe Summe von 735,66 Milliarden Dollar erreicht und sich somit in einem Zeitraum von gerade einmal 50 Jahren um den Faktor 21

vervielfacht. Wichtig zu erwähnen ist, dass in diesen Berechnungen nur die von Versicherungen erfassten Schäden auftauchen. Gerade in den Ländern des Globalen Südens können sich aber die meisten Menschen, einschließlich der von den Folgen der Klimaerwärmung besonders betroffenen Kleinbäuer:innen, keinen Abschluss von Versicherungen leisten. Global betrachtet, liegen die durch Naturkatastrophen verursachten Schäden entsprechend auf einem deutlich höheren Niveau.

Auch hat die Zahl der menschlichen Opfer ebenso wie das psychische Leid, das durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen und den Verlust von Familienangehörigen oder Freund:innen entstanden ist, in den letzten Jahrzehnten zugenommen. So waren im Jahr 2019 rund 32,8 Millionen Menschen weltweit von Stürmen, 31 Millionen von Fluten und weitere 29,2 Millionen von Dürren betroffen.<sup>9</sup> Die statistischen Daten lassen zudem große regionale Unterschiede erkennen, sind doch die Länder in Asien mit 74,1 % und in Afrika mit 24,3 % am stärksten von den vorwiegend anthropogenen Naturkatastrophen betroffen. In den Regionen hingegen, deren Bevölkerungen den globalen Anstieg der Naturkatastrophen im Gefolge der anthropogenen Klimaerwärmung in biophysikalischer, gesellschaftlicher und politischer Dimension bislang in erster Linie zu verantworten haben, ist deren Anzahl äußerst gering: 0,2 % beträgt der Anteil an den globalen Naturkatastrophen in Europa, 1,3 % in Amerika und 0,1 % in Ozeanien. Entsprechend gering ist in diesen Regionen die Zahl der menschlichen Opfer bislang gewesen.<sup>10</sup>

9 Vgl. Statista (2020), Dossier Klimawandel, Hamburg, S. 27. Demselben Bericht ist zu entnehmen, dass noch weitere 1,5 Millionen von Erdbeben, 0,2 Millionen von Erdbeben sowie 0,2 Millionen von Extremtemperaturen betroffene Menschen hinzukommen.

10 Vgl. ebd., S. 31.

## FLUCHT VOR NATURKATASTROPHEN. ZAHLEN

Die zunehmende Bedeutung von Naturkatastrophen als Fluchtursache ist nicht zu bestreiten. Sie ist empirisch vielfach belegt – unter anderem durch die statistischen Daten zur wachsenden Anzahl von Binnenflüchtlingen.<sup>11</sup>

**Tabelle 3: Binnenflüchtlinge weltweit nach Fluchtursachen 2020 (in Tausend)**

<b>Gesamtzahl neuer Flüchtlinge</b>	<b>40.500</b>
durch Stürme	14.600
durch Überschwemmungen	14.000
durch Gewalt und Konflikte	9.800
durch Brände	1.200
durch Vulkanausbrüche	518
durch Erdbeben	137
durch Erdbeben	102
durch Extremtemperaturen	46
durch Dürren	32

Quelle: IDMC 2021 © Statista 2021

11 Zur Zunahme der Naturkatastrophen in den letzten Jahrzehnten siehe ebenso Hannah Ritchie/Max Roser (2014), „Natural Disasters“. Published online at OurWorldInData.org. <https://ourworldindata.org/natural-disasters>

Aus ihnen geht hervor, dass es im Jahr 2020 weltweit insgesamt rund 40,5 Millionen Menschen gab, die in ihrem eigenen Land auf der Flucht waren. Hiervon waren 9,8 Millionen Menschen von lebensbedrohlicher Gewalt und Konflikten betroffen.

**Tabelle 4: Binnenflüchtlinge weltweit nach Fluchtursachen von 2009 bis 2020 (in Millionen)**

	Konflikte und Gewalt	Naturkatastrophen
2009	6,5	16,7
2010	2,9	42,4
2011	3,5	15
2012	6,6	30,1
2013	8,2	22,1
2014	10,9	19,1
2015	9	19,2
2016	6,9	24,2
2017	11,8	18,8
2018	10,8	17,2
2019	8,5	24,9
2020	9,8	30,7

Quelle: IDMC 2021 © Statista 2021

Mehr als 30 Millionen Menschen und damit der weitaus größere Anteil wurden allerdings durch Naturkatastrophen zum Verlassen ihres bisherigen Lebenszusammenhanges gezwungen. Die extremen, mit der anthropogenen Klimaerwärmung zusammenhän-

genden Wetterereignisse stellen dabei einen immer wichtigeren Fluchtfaktor dar. Allein durch Überschwemmungen und Stürme verloren fast 29 Millionen Menschen ihr Zuhause. Im Vergleich dazu spielen die durch die Natur selbst bedingten Katastrophen wie beispielsweise Erdbeben oder Vulkanausbrüche eine nur unerhebliche Rolle.

#### Globale Klimaerwärmung. Grenzen der Anpassung

In den Wissenschaften gilt es als sicher, dass die direkten und indirekten Folgen der globalen Klimaerwärmung schon in diesem Jahrhundert immer mehr Menschen zu einem kurzfristigen oder langfristiger geplanten Verlassen ihres bisherigen sozialen und ökologischen Lebenszusammenhanges zwingen werden. In welchem Umfang und in welcher Weise dies geschehen wird, hängt aber letztlich von einer ganzen Reihe von Faktoren ab.

Ein Zwangsmigration und Flucht besonders fördernder Faktor wäre, wenn die Anpassung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einschließlich der gesellschaftlich gestalteten Naturverhältnisse, an die sich verändernden klimatischen und ökologischen Bedingungen nicht oder nur unzureichend gelingen würde. Begünstigt wird dies noch, wenn sich das Entwicklungsniveau der staatlichen Strukturen und Organisationskompetenzen auf einem nur unzureichenden Niveau befindet, die staatlichen Institutionen von korrupten Eliten beherrscht werden, ein Fehlen von Expert:innenkulturen und gesellschaftlicher Bildung zu beklagen oder etwa ein nur geringes Niveau an ökonomischen Ressourcen und Technologien vorhanden ist.

Zusehends häufiger dürfte allerdings der Fall eintreten, dass ein effektiver Anpassungsprozess aufgrund gravierender ökologischer Folgeprobleme der Klimaerwärmung zum Scheitern verurteilt ist. Dies trübe zu, wenn eine dauerhafte Besiedelung und Bewirtschaftung einer Region aufgrund unumkehrbarer Veränderungen in

der natürlichen Umwelt – starker Anstieg des Meeresspiegels<sup>12</sup>, Degradation und Versalzung der Böden, lebensgefährliche Hitzeentwicklungen, Versiegen von Wasserressourcen und anderes – nicht mehr möglich ist. Es ist davon auszugehen, dass dieses Problem in den nächsten Jahrhunderten in allen Weltregionen an Bedeutung gewinnen wird, wobei es in quantitativer (z. B. Temperaturanstieg, Anzahl der regenfreien Tage) und qualitativer Dimension (Wüstenbildung durch Trockenheit in der einen Region, Versalzung von Böden durch Meeresspiegelanstieg in der anderen Region) große regionale Unterschiede geben wird.

## KLIMA UND FLUCHT. PROGNOSEN

Seitens der wissenschaftlichen Abteilung der Weltbank wird bis zum Jahr 2050 mit bis zu 216 Millionen Menschen gerechnet, die durch die direkten oder indirekten Folgen der Klimaerwärmung zur Flucht gezwungen werden könnten. Im Vergleich zu anderen Weltregionen sollen die Menschen in Asien und Afrika in Zukunft besonders betroffen sein.

So wird für die subsaharische Region Afrikas bis zum Jahr 2050 von rund 86 Millionen und für Ostasien sowie den Pazifikraum von rund 49 Millionen zur Flucht gezwungenen Menschen ausgegangen. Für Nordafrika werden rund 19 Millionen, für Lateinamerika rund 17 Millionen und für Osteuropa und Zentralasien rund 5 Millionen Flüchtlinge prognostiziert.<sup>13</sup> Hingegen sind für Nordamerika und Europa, wo die historischen und aktuellen

---

12 Inzwischen wird das Problem auch in den Massenmedien immer häufiger erörtert. Siehe hierzu: <https://www.derstandard.at/story/2000133105369/warum-ein-gletscher-in-der-antarktis-unsere-landkarten-veraendern-koennte>

13 Vgl. Weltbank (2021), Groundswell-Bericht, Teil 2, <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/36248>

Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen zu verorten sind, nach gegenwärtigem Erkenntnisstand kaum größere Fluchtbewegungen als Folge der Klimaerwärmung zu erwarten – zumindest nicht bis zum Jahr 2050.

## CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN IM GLOBALEN VERGLEICH

Es ist eine Paradoxie der Geschichte, dass diejenigen Regionen der Weltgesellschaft am stärksten von den Folgen der Klimaerwärmung getroffen werden, die aufgrund eines geringen Verbrauchs an fossilen Energieträgern und naturalen Ressourcen sowohl in historischer wie aktueller Perspektive betrachtet am wenigsten zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Dies wird offensichtlich, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Bevölkerung einiger Länder des Globalen Südens und Globalen Nordens miteinander verglichen werden. Die Unterschiede, die sich hier erkennen lassen, sind gewaltig. So zeigen die statistischen Daten der Weltbank für das Jahr 2018, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in fast allen afrikanischen Ländern, die geographisch südlich der Sahara zu verorten sind, extrem niedrig waren und sich – bis auf wenige Ausnahmen – auf einem weitgehend klimaneutralen Niveau bewegten. Den 0,12 tCO<sub>2</sub>, die pro Jahr und Person beispielsweise in Uganda emittiert wurden, standen 7,15 tCO<sub>2</sub> je Bewohner:in in Österreich, 15,24 tCO<sub>2</sub> in den USA und 15,27 tCO<sub>2</sub> in Saudi-Arabien gegenüber.<sup>14</sup>

---

14 Diese Werte können um 25 % und mehr steigen, wenn in die Berechnung der nationalen THG- bzw. CO<sub>2</sub>-Emissionen auch diejenigen einfließen, die bei Produktion und Transport der importierten Güter angefallen sind. In einem Staat wie Qatar, der aufgrund seiner geographischen und klimatischen Ausgangslage beinahe alle national konsumierten Güter importieren dürfte, ist die Emissionsbilanz entsprechend stark nach oben zu korrigieren. Gleiches gilt, wenngleich in einem geringeren Maß, auch für Österreich wie andere europäische Länder.

Große Unterschiede sowohl in absoluter wie relationaler Dimension werden auch im Vergleich der CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanzen von Ländern und Regionen sichtbar. So stehen beispielsweise den 63 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die die 8,8 Millionen Menschen in Österreich im Jahr 2018 emittiert haben, nur rund 600.000 Tonnen gegenüber, die die 11,2 Millionen Menschen umfassende Bevölkerung Burundis im selben Jahr verursacht hat. Drastische Unterschiede lassen sich ebenso auf regionaler Ebene ausmachen, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen der EU, Nordamerikas und der subsaharischen Region miteinander verglichen werden. So hatten die etwa 448 Millionen Menschen in den Mitgliedsländern der EU im Jahr 2018 eine CO<sub>2</sub>-Bilanz von rund 2.817 Millionen und die 363,9 Millionen zählende Bevölkerung in Nordamerika eine Bilanz von rund 5.558 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vorzuweisen.

**Tabelle 5: Weltgesellschaft, Bevölkerung, CO<sub>2</sub>-Emissionen. Vergleich einiger ausgewählter Regionen und Länder**

Jahr 2018	Bevölkerung (in Millionen)	CO <sub>2</sub> pro Land (in Millionen Tonnen)	CO <sub>2</sub> pro Kopf (in Tonnen)
<b>Weltbevölkerung</b>	<b>7.761,0</b>	<b>34.041,0</b>	<b>4,48</b>
<b>EU</b>	<b>448,0</b>	<b>2.817,0</b>	<b>6,40</b>
Deutschland	82,9	709,5	8,56
Niederlande	17,2	151,1	8,77
Österreich	8,8	63,1	7,15
Polen	38,0	312,7	8,24
Italien	60,4	324,8	5,38

<b>Afrika (Subsahara)</b>	<b>1.078,3</b>	<b>823,4</b>	<b>0,76</b>
Burundi	11,2	0,6	0,05
Uganda	42,7	6,1	0,12
Tanzania	56,3	11,5	0,21
Chad	15,4	1,1	0,07
Nigeria	195,9	130,6	0,67
Südafrika	57,8	433,2	7,50
<b>Nordamerika</b>	<b>363,9</b>	<b>5.558,1</b>	<b>15,27</b>
USA	326,8	4.981,3	15,24
Kanada	37,1	574,4	15,49
<b>Ostasien/Pazifik</b>	<b>2.338,2</b>	<b>14.810,1</b>	<b>6,33</b>
China	1.402,8	10.313,4	7,35
Indien	1.352,6	2.434,5	1,80
Indonesien	267,7	583,1	2,18
Bangladesh	161,4	82,8	0,51

Quelle: Weltbank. WDI 2022; eigene Darstellung, © A. Weber

In der subsaharischen Region Afrikas mit einer Bevölkerung von deutlich über einer Milliarde Menschen lag diese hingegen bei nur 823 Millionen Tonnen, wobei mit 433 Millionen Tonnen mehr als die Hälfte dieser Emissionen allein in einem einzigen Land, nämlich in *Südafrika*, anfielen. Werden die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf berechnet, werden die Unterschiede zwischen diesen Regionen noch sichtbarer. In den Regionen Nordamerikas und Europas waren sie – nach konservativen Berechnungen – im

Durchschnitt um den Faktor 40 beziehungsweise den Faktor 18 höher als in der subsaharischen Region Afrikas, wenn die landspezifischen Emissionen Südafrikas nicht berücksichtigt werden.<sup>15</sup>

#### FLUCHT VOR ANTHROPOGENER NATURZERSTÖRUNG: VOM REGIONALEN ZUM GLOBALEN PROBLEM

Die Daten der Weltbank zur Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen lassen deutlich erkennen, dass die biophysikalischen Folgen, die mit einer globalen Expansion der kapitalistischen Marktökonomie einhergehen, gewaltig sind. Dass sie in den nächsten Jahrzehnten noch gewaltiger werden, kann anhand der Entwicklung Chinas zur weltweit größten Exportwirtschaft veranschaulicht werden.

Im Zuge einer zentralstaatlich organisierten und von den Eliten der Kommunistischen Partei kontrollierten Integration der chinesischen Ökonomie in das System des globalen Kapitalismus bei gleichzeitiger Orientierung an einer exportorientierten Wirtschaftspolitik ist es in nur wenigen Jahrzehnten gelungen, deren Produktivität enorm zu steigern. Deutlich wird dies an der Entwicklung des chinesischen BIP.<sup>16</sup> Lag es nach Angaben des Internatio-

---

15 Konservativ sind diese Berechnungen deshalb, weil es sich hier nur um die CO<sub>2</sub>-Emissionen und nicht die THG-Emissionen insgesamt handelt. Zudem werden die CO<sub>2</sub>-Emissionsberechnungen bislang vorrangig auf der Grundlage einer produktionsbasierten und nicht einer konsumbasierten Methode durchgeführt, was starke Auswirkungen auf die nationalen CO<sub>2</sub>-Bilanzen hat.

16 Es sei hier erwähnt, dass die Höhe des nationalen BIP nicht gleichzusetzen ist mit dem Entwicklungsniveau des gesellschaftlichen Wohlstands, der Versorgungssicherheit mit lebensnotwendigen Gütern oder der Lebensqualität der Bevölkerung. Das nationale BIP bildet ausschließlich die Summe aller gesellschaftlichen Leistungen ab, die in einem geldbasierten Marktssystem für einen bestimmten Preis angeboten und erfolgreich verkauft wurden. Der Kauf einer unter großem Ressourceneinsatz industriell hergestellten, über teils hunderte von Kilometern transportierten und im Gefrierschrank eines Supermarktes eingelagerten Pizza steigert das BIP – ganz im Gegensatz zu einer Pizza, die zuhause eigenhändig und mit Zutaten aus ausschließlich eigenem Anbau zubereitet wird.

nenen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1980 noch bei 303 Milliarden US-Dollar, so befand es sich im Jahr 2022 schon auf dem Stand von 18.500 Milliarden US-Dollar und hat sich somit in einem Zeitraum von etwas mehr als 40 Jahren um den Faktor 61 erhöht. Da die Energie, die für diesen gewaltigen ökonomischen Wachstumsprozess erforderlich war, bislang primär auf fossiler Basis gewonnen wurde, musste es in China aus physikalisch zwingenden Gründen zu einer rapiden Steigerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen.<sup>17</sup>

Empirisch zeigt sich dies daran, dass es in China auf gesamtgesellschaftlicher Ebene von 1960 mit 0,78 Mrd. tCO<sub>2</sub> über das Jahr 2000 mit 3,4 Mrd. tCO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2018 mit nun 10,3 Mrd. tCO<sub>2</sub> zu einer Steigerung der Emissionen um den Faktor 13 gekommen ist. Ganz ähnlich stellen sich die Entwicklungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf der individuellen Ebene der chinesischen Bevölkerung dar. Betrug es im Jahr 1960 noch 1,2 tCO<sub>2</sub> pro Jahr und Person, waren es im Jahr 2000 schon 2,6 tCO<sub>2</sub> und im Jahr 2018 schließlich 7,4 tCO<sub>2</sub>.<sup>18</sup> Bei der Interpretation dieser Entwicklung ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Niveau der chinesischen CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich niedriger wäre, wenn die bei Produktion und Transportation anfallenden Emissionen den Ländern zugeschrieben werden würden, in denen die Güter konsumiert werden – also zu einem großen Teil in Europa und Nordamerika.<sup>19</sup>

---

17 Zur zentralstaatlich orchestrierten und finanzierten Ökologisierung der Energieerzeugung in China vgl. den Beitrag von Simon Göß unter <https://blog.energybrainpool.com/chinas-energiesystem-in-2020-rekordzubau-von-erneuerbaren-trotz-corona/>

18 Umfassende Informationen zu den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen finden sich in den Online-Datenbanken der Weltbank, insbesondere den *World Development Indicators (WDI)*.

19 Für das Jahr 2014 waren beispielsweise rund 2.160 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in Chinas Exportindustrie angefallen. Bei einer konsumbasierten Betrachtung müssten diese Emissionen den Ländern, in die die Güter aus China geliefert werden, zugeschrieben werden. Vgl. hierzu die Informationen unter <https://nachrichten.idw-online.de/2020/12/28/mcc-gut-200-millionen-tonnen-co2-extra-fuer-die-eu/>

Hält man sich vor Augen, dass ein in Asien gelegenes und geopolitisch dem Globalen Süden zuzurechnendes Land wie Bangladesch mit seinen gegenwärtig rund 161 Millionen Einwohner:innen nur einen verhältnismäßig geringen Beitrag zur globalen Klimaerwärmung leistet, die Menschen dort aber in Zukunft von den Folgen des anthropogenen Meeresspiegelanstiegs stark betroffen und millionenfach zur Flucht gezwungen sein werden, dann wird nicht nur ersichtlich, welche gewaltigen Herausforderungen auf die zukünftigen Mitglieder der Weltgesellschaft zukommen werden. Es wird ebenso klar, dass sich in der zerstörerischen Ausbeutung der Natur ein gewaltiges Gerechtigkeitsdefizit zum Ausdruck bringt, von dem nur eine Minderheit der Weltbevölkerung, primär in den regionalen Zentren eines globalisierten Kapitalismus, profitiert.

Wird dieses Gerechtigkeitsdefizit nicht behoben und schreitet die Zerstörung der Natur weiter voran, dann wird die Flucht vor ihren Folgen in Zukunft kein regionales Problem bleiben, sondern Menschen in allen Regionen der Welt zusehends direkt und massiv betreffen.<sup>20</sup>

## ANTHROPOGENE NATURKATASTROPHEN ALS FLUCHTURSACHE. WARUM WIR EINE ANDERE ÖKONOMIE BENÖTIGEN

Mit welchen dramatischen gesellschaftlichen, politischen und zivilisatorischen Folgen ein weiterer Anstieg der anthropogenen Naturkatastrophen einhergehen wird, kann man schon jetzt nicht

---

20 So wird für Südspanien prognostiziert, dass einige Regionen noch im Laufe des 21. Jahrhunderts für Menschen nicht mehr bewohnbar sein werden.

nur ahnen, sondern wissen.<sup>21</sup> Umso notwendiger ist es, den gesellschaftlichen Druck auf die politischen Eliten zu erhöhen, damit die Entscheidungen getroffen werden, die getroffen werden müssen, um die zukünftigen Lebensgrundlagen und Lebenschancen der Menschen zu sichern.

Aus soziologisch zwingenden Gründen ist hierfür eine Politik erforderlich, die die „Dekapitalisierung“<sup>22</sup> einer ökologisch destruktiven Wachstumsökonomie in Angriff nimmt und auf den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen und bedarfsorientierten Ökonomie hinarbeitet, um eine weitere Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu verhindern. Die für den Umbau der Ökonomie erforderlichen finanziellen Ressourcen sind auf der Grundlage einer gesellschaftlich verantwortungsvollen Steuerpolitik zu mobilisieren. Im Vordergrund muss hierbei die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums – einschließlich der Entmachtung demokratiepolitisch häufig reaktionärer Kapitaleliten<sup>23</sup> – mit den Mitteln staatlicher Steuerpolitik stehen. Prioritäres politisches Ziel muss dabei sein, eine ökologisch nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise durchzusetzen und für die Verwirklichung gesellschaftlicher Gerechtigkeit zu sorgen.

---

21 Jared Diamond (2011), *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen* (amerik. Orig. 2005), Frankfurt/M.: Fischer.

22 Günter Dux, a. a. O., S. 284.

23 Hier ist beispielsweise an den im Jahr 2022 verstorbenen Multimilliardär Dietrich Mateschitz zu denken, der mit dem Fernsehsender *Servus TV* und zahlreichen anderen Aktivitäten starken Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung in Österreich ausübte und durch die aktive Verbreitung von wissenschaftlich fragwürdigen bis falschen Aussagen zur Corona- oder Klimaproblematik gesellschaftlich gefährliche und demokratiepolitisch reaktionäre Entwicklungen förderte.

Mit Blick auf die zunehmende Zahl von Menschen, die durch die Folgen der anthropogenen Naturzerstörung zur Flucht gezwungen werden, ist es normativ geboten, ihnen rechtlich den Status von Flüchtlingen zuzuerkennen.<sup>24</sup> Hierbei sind besonders die politischen Entscheidungsträger:innen und deren Bevölkerungen in die Pflicht zu nehmen, die in den Zentren eines globalisierten Kapitalismus existieren, da die anthropogenen Naturzerstörungen, die weltweit immer mehr Menschen zur Flucht zwingen werden, in erster Linie auf deren und somit auf unser Konto gehen.

---

24 Die gesellschaftlichen Folgen wären gewaltig. Um ihr Eintreten zu vermeiden, müssten besonders die Länder des Globalen Nordens ihren Beitrag zum globalen Umwelt- und Klimaschutz enorm steigern. Sollte dies nicht gelingen, weil die in Demokratien wahlberechtigten Bevölkerungsanteile diese Politik nicht aktiv einfordern oder die Regierungen mit der Finanzierung der sozialen und ökonomischen Folgen eines ökologisch und gesellschaftlich katastrophalen Krieges beschäftigt sind, ist in Zukunft mit einem fortschreitend restriktiveren und unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten immer weniger legitimierbaren Regime gegenüber Umwelt- und Klimaflüchtlingen zu rechnen.

## TABELLENVERZEICHNIS

- ▶ Tabelle 1: CRED, UNDRR (2020). Anzahl an Naturkatastrophen weltweit in den Zeiträumen 1980 bis 1999 und 2000 bis 2019. Statista GmbH.  
<https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/1222072/umfrage/anzahl-naturkatastrophen/>  
Zugriff: 18. Februar 2022
- ▶ Tabelle 2: Swiss Re (2021). Weltweite Versicherungsschäden verursacht durch Naturkatastrophen von 1970 bis 2020 (in Milliarden US-Dollar). Statista GmbH.  
<https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/241142/umfrage/versicherungsschaeden-von-naturkatastrophen-weltweit/>  
Zugriff: 18. Februar 2022
- ▶ Tabelle 3: IDMC (2021). Anzahl neuer Binnenflüchtlinge weltweit nach Fluchtursachen im Jahr 2020 (in Tausend). Statista GmbH.  
<https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/1180743/umfrage/fluechtlinge-weltweit-nach-fluchtursachen/>  
Zugriff: 18. Februar 2022
- ▶ Tabelle 4: IDMC (2021). Anzahl neuer Binnenflüchtlinge nach Fluchtursachen in den Jahren 2009 bis 2020 (in Millionen). Statista GmbH.  
<https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/1181539/umfrage/fluechtlinge-nach-fluchtursachen/>  
Zugriff: 18. Februar 2022
- ▶ Tabelle 5: World Bank (2022). World Development Indicators (WDI). <https://data.worldbank.org/>  
Zugriff: 20. August 2022

# Klimawandel, Migration und Flucht in der Politik: Meine Empfehlungen an eine fiktive Außenministerin

SARAH NASH

In der US-amerikanischen Fernsehserie „Madam Secretary“ gelingt es der fiktiven US-Außenministerin, ein globales Abkommen zur Klimaflucht zu verhandeln. Auch wenn man von der Unwahrscheinlichkeit einer Führung seitens der USA in Fluchtfragen absieht, spiegelt diese Situation kaum die Realität wider. Dabei sind aber viele Rahmenkonditionen sehr nah an der heutigen Politik. Am Anfang stottern die Versuche, ein Abkommen erfolgreich abzuschließen, weil ein Masernausbruch, der mit reichen (nicht geimpften) Tourist:innen aus dem Globalen Norden angefangen hat, auf Migrant:innen geschoben wird. Mit dem Schreckgespenst einer möglichen Pandemie im Hintergrund wird die Stimmung gegen Migrant:innen aufgehetzt und Nationalstaaten stellen sich gegen ein Resettlement von schutzbedürftigen Personen auf. Vor allem mächtige Politiker:innen, die anhand eines anti-migrantisches Wahlprogramms in das Amt gewählt worden sind, blockieren Initiativen, die für eine Zunahme von Neuankömmlingen in deren Land sorgen könnten.

Gleichzeitig nehmen die besagten Folgen der Serie fast den Charakter einer Klimawandel-Sci-Fi-Produktion im Sinne apokalyptischer Filme wie „The Day After Tomorrow“ aus 2004 an. Anders als in „The Day After Tomorrow“, wo der Schauplatz eine beginnende Eiszeit ist, finden die in „Madam Secretary“ gezeigten Klimafolgen im Ausland statt. Am stärksten betroffen ist der in Wirklichkeit existierende 21 km<sup>2</sup> große pazifische Inselstaat Nauru,

der kleinste Inselstaat und die kleinste Republik der Welt. Die Insel wird von Stürmen zerschlagen, bis es der US-Außenministerin gelingt, das neue Nauruische Staatsoberhaupt zu überzeugen, seine Bevölkerung zu evakuieren, trotz Verlusts des kulturellen Erbes. Dass ein Promi dafür seine Privatinsel als neues Zuhause für die nauruische Bevölkerung herschenkt, wird in der Serie schon als nur bedingt replizierbar erkannt. Nichtsdestotrotz wird die Dringlichkeit der Evakuierung verdeutlicht, indem man am Ende der Folge gezeigt bekommt, wie die Insel Nauru von der Erdoberfläche verschwunden ist, was die Unmöglichkeit einer zukünftigen Heimkehr besiegelt.

Diese kleine Geschichte, die in den größeren Bogen des Politdramas eingebunden ist und sich über zwei Folgen der fünften Staffel spannt, hat zwei Funktionen. Auf der einen Seite stellt sie die Dringlichkeit der Klimafrage dar. Sie verdeutlicht auch die Problematik der Klimawandelleugner:innen im US-Kongress und die Scheinheiligkeit, mit der man sich an die Interessen der klimaschädlichen Industrien und deren Lobbyist:innen anpasst. Auf der anderen Seite rücken falsche Gerüchte, die über Migrant:innen und Geflüchtete kursieren, in das Rampenlicht. Die Vorurteile und die Falschdarstellungen von Migrant:innen und Geflüchteten im politischen Diskurs werden dadurch zur Schau gestellt und deutlich kritisiert. Die Überwindung dieser Probleme bietet die Hoffnung, die in einem Politdrama nicht fehlen darf, und das Abkommen wird als unerwarteter politischer Erfolg der Ministerin gefeiert.

Es ist vielleicht nicht überraschend, dass ich als Politologin eine Schwäche für Politdramen habe – vielleicht genau wegen dieser Mischung aus Kritik an Denkweisen und Institutionen und dem Gelingen eher unwahrscheinlicher politischer Lösungen. Wer will nicht zuschauen, wie eine Ministerin Weltfrieden stiftet oder eine Kanzlerin eine Hungersnot abwehrt und dabei über Parteigrenzen hinweg arbeitet. Einfach toll. Aber vielleicht gelingt der Eskapismus,

den eine politische Serie bietet, nur dann, wenn die Folgen nicht genau im Bereich der eigenen Expertise liegen. Denn während sich die Protagonist:innen am Bildschirm für ein globales Abkommen zur Klimaflucht eingesetzt haben, konnte ich mich nicht davon abhalten, allen bei mir im Wohnzimmer Anwesenden zu erklären, warum so ein Abkommen nicht meine bevorzugte Lösung wäre.

#### WARUM ICH UND DIE FIKTIVE AUSSENMINISTERIN UNS NICHT EINIG SIND

Erstens gibt es die praktischen Überlegungen, die zugegeben in einer fiktiven Filmwelt eher weniger von Bedeutung sind. Auch wenn es gelingt, auf einem internationalen Meeting eine Einigung über ein neues internationales Abkommen zu erzielen, ist das noch längst nicht rechtskräftig. Das Abkommen muss auch von allen Seiten ratifiziert werden, das heißt, es muss meistens in einem parlamentarischen Prozess bestätigt werden. Und wie uns die Handhabung des Pariser Klimaabkommens in Donald Trumps Amtszeit in den USA zeigt, können Nationalstaaten sich von einem schon unterzeichneten Abkommen immer noch zurückziehen. Man geht das Risiko ein, in der internationalen Gesellschaft den Respekt zu verlieren, kann sich so aber von lästigen Verpflichtungen befreien. Doch nur weil ein Unterfangen schwierig ist, heißt das nicht, dass man es gleich bleiben lassen soll. Immerhin zeigen uns auch Beispiele von internationalen Abkommen aus der realen Welt – von der Charta der Vereinten Nationen (1945) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) über die Genfer Flüchtlingskonvention (1951) bis hin zum Pariser Abkommen der Klimarahmenkonvention (2015) –, dass das Streben nach hochgegriffenen politischen Zielen durchaus großen Erfolg bringen kann. Nein, ich habe gegen die Bildschirmußenministerin argumentiert, weil das Abkommen meines Erachtens nicht die richtige politische Lösung ist.

Das Hauptargument gegen ein globales Abkommen zu Klimaflucht ist, dass die Verbindungen zwischen Klimawandel und Flucht unglaublich komplex und facettenreich sind. Dass man alle daraus resultierenden Situationen in einem Dokument abdecken kann, ist für mich höchst unwahrscheinlich und würde nur dazu führen, dass Menschen zurückgelassen werden.

Zusammengefasst kann man die Komplexitäten in vier Kategorien einordnen.

Erstens ist Klimawandel ein komplexes Phänomen, das unterschiedliche Folgen verursachen wird. Menschen werden also unterschiedlichen Auswirkungen – zum Beispiel Dürren, Hitzewellen, Überschwemmungen, Meeresspiegelanstieg, intensivere und öfter auftretende Extremwetterereignisse – ausgesetzt werden. Manche Klimafolgen werden langsam auftreten und andere sehr plötzlich. Man kann sich also unterschiedlich gut darauf vorbereiten.

Zweitens wirkt Klimawandel nicht isoliert von anderen Faktoren auf Menschen ein. Andere soziale, politische, und historische Faktoren und Ereignisse, vom Krieg bis zu einer Deflation des Arbeitsmarktes, können Leben auf den Kopf stellen.

Drittens gibt es unterschiedliche Formen der Mobilität, auch im Kontext des Klimawandels. Während manche Menschen vielleicht doch fliehen müssen, werden sich viele weitere Menschen andere Strategien überlegen. Man denke hier vor allem an Arbeitsmigration als Anpassungsstrategie an Lebensmittelengpässe oder Einkommensverluste. Hier ist aber vielmehr von Migration die Rede, sei diese nun permanent oder temporär oder sogar eine regelmäßige zirkuläre Migration zwischen zwei (oder mehreren) Orten. Eine weitere Gruppe von Menschen erlebt zwar schwere Klimafolgen, zieht aber nicht fort, entweder weil die Betroffenen es schlicht nicht wollen oder weil die notwendigen Ressourcen dazu fehlen.

Viertens ist das Problem nicht immer ein internationales. Die meisten Menschen, die im Kontext des Klimawandels den Wohn-

ort verlegen, bleiben im selben Nationalstaat und überqueren also dabei keine internationale Staatsgrenze.

### WENN ICH AUSSENMINISTERIN WÄRE ...

Na gut, man kann leicht kritisieren, aber selbst Ideen auf den Tisch zu legen, fällt etwas schwerer – „Was würdest du also anders machen?“, fragen meine Mitfernseher:innen (wenn sie nicht schon genug dazu gehört haben). Die Frage ist tatsächlich nicht so leicht zu beantworten: „Das weiß ich nicht so genau.“ Da es also eher unwahrscheinlich gilt, dass ich eines Tages das Amt der Außenministerin ausüben werde, habe ich mir bis jetzt nicht so viele Gedanken darüber gemacht. Ich habe mir aber die Mühe gemacht und eine Wunschliste verfasst, die ich extra auf fünf Punkte gekürzt habe, die tatsächlich in den Aufgabenbereich einer Außenministerin fallen. Dass eine ambitionierte Zielsetzung im Bereich Klimawandelvermeidung und deren Einhaltung auch dazugehören (aber freilich mehr unter die Kompetenzen der Klimaministerin fallen), versteht sich hoffentlich von selbst. Aber als Außenministerin hätte man doch auch viele andere Möglichkeiten, Schritte zu setzen und Politiken umzusetzen, die positive Auswirkungen haben für Menschen, die wegen des Klimawandels ihr Zuhause verlassen (müssen).

#### 1. Politischen Diskurs zu Migration und Flucht verbessern

Als Außenministerin muss man in internationalen Verhandlungen geschickt sein und die nationalstaatlichen Interessen verteidigen: keine leichte Aufgabe. Und wenn der:die Innenminister:in bei jeder Gelegenheit in den Kabinettsitzungen die Anzahl der Migrant:innen im Land als Problem betont, wird es schwieriger, in der Diplomatie konstruktiv zum Thema Migration zu arbeiten.

Aber genau hier könnte man ansetzen. Ein positiver Diskurs zu Migration und Flucht, sowohl international als auch auf nationaler Ebene, kann das Leben für alle Migrant:innen und Menschen mit einer Fluchtgeschichte verbessern. Was ändert sich, wenn Migration nicht mehr als Problem, sondern als eine Bereicherung für eine Gesellschaft wahrgenommen wird? Wie ändern sich dadurch internationale Verhandlungen über Resettlement oder Schutzmaßnahmen?

## **2. Sichere und legale Fluchtwege schaffen**

Wenn man einen besseren politischen Diskurs zu Migration und Flucht geschaffen hat, fällt es sicher auch leichter, sich für sichere und legale Fluchtwege einzusetzen. Heutzutage wird häufig argumentiert, dass Resettlement von geflüchteten Personen im geordneten System der UNO-Flüchtlingskommission nicht möglich ist, weil man sowieso mit einem großen Problem der irregulären Grenzübertritte zu kämpfen hat. Leider wird viel zu selten auf die zirkuläre Argumentation hingewiesen – wenn es keine Möglichkeiten gibt, legal ins Ausland zu reisen, aber man eine internationale Grenze überqueren muss, um Asyl zu beantragen, bleiben wenige Alternativen. Legale und sichere Wege für Menschen, die fliehen müssen, helfen also gegen irreguläre Grenzübertritte. Humanitär gesehen sind legale und sichere Fluchtwege natürlich auch enorm wichtig, wenn man unnötiges Sterben in Grenzgebieten vermeiden will. Die Internationale Organisation für Migration hat zum Beispiel im Jahr 2019 allein 1.885 Menschen, davon 79 Kinder, als im Mittelmeer vermisst protokolliert. Es gibt keinen Grund, warum diese Menschen nicht in ein Flugzeug, einen Zug oder eine Fähre steigen könnten, statt ihr Glück in einem löchrigen Schlauchboot zu versuchen.

## **3. Expert:innen Gehör verschaffen**

In der COVID-19-Pandemie waren Expert:innen im politischen Diskurs sichtbarer denn je. Man sah aber auch, wie Expert:innen oft Hass und Wut ausgesetzt werden und wie deren Expertise – egal wie wissenschaftlich fundiert – nicht immer auf offene Ohren trifft. Dabei gibt es unzählige Migrationsforscher:innen, die Vorschläge für die Regierung parat haben und gerne die Möglichkeit hätten, ihre Forschungsergebnisse in die Tagespolitik einfließen zu lassen. In der Klimapolitik gilt das Gleiche und gemeinsam mit Expert:innen beider Forschungsbereiche wäre es durchaus möglich, eine wissenschaftlich untermauerte Politik in Klima- und Flucht- beziehungsweise Migrationsfragen zu entwickeln.

## **4. Verantwortung für Klimawandelanpassung ernst nehmen: Show me the money!**

In den internationalen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen im Jahr 2009 in Kopenhagen haben reiche Länder, die jahrelang von hohen Treibhausgasemissionen wirtschaftlich profitiert haben, ein wichtiges Versprechen abgegeben. Einhundert Milliarden US-Dollar pro Jahr sollen an ärmere Länder fließen, damit diese sich an die Folgen des Klimawandels anpassen können. Das Ziel hätte bis 2020 erreicht werden sollen, wurde von der internationalen Gemeinschaft aber verfehlt. Ein unkomplizierter Beitrag, um der Klimawandel- und Flucht- beziehungsweise Migrationsproblematik zu begegnen, wäre also, diese Gelder aufzutreiben und den Worten von 2009 auch Taten folgen zu lassen. Es geht darum, selbst in die Tasche zu greifen, aber auch in der Diplomatie mit anderen Ländern an diese noch offenen Zahlungen zu erinnern. Hier soll aber auch auf jeden Fall vermieden werden, dass Gelder im Bereich Entwicklungszusammenarbeit einfach umgewidmet werden – es wird zusätzliche Finanzierung benötigt.

## **5. Die Verbindungen zwischen Klimawandel und Flucht beziehungsweise Migration wahrhaben, aber nicht vereinfachen**

Dieser Wunsch ist vielleicht am schwierigsten zu realisieren, da in der Politik viele Themen um Aufmerksamkeit konkurrieren und man manchmal mit wenigen Zeitressourcen komplexe Themen aufarbeiten muss. Es lohnt sich aber, in die Verbindungen zwischen Klimawandel und Flucht beziehungsweise Migration tiefer einzutauchen. Wie ich oben geschildert habe, sind die Verbindungen vielfältig und dringen in viele politische Bereiche ein. Wenn man sich mit diesen Verbindungen auseinandersetzt, ohne zu versuchen, sie zu vereinfachen, verschwendet man keine Energie mit nicht hilfreichen Lösungen, kann aber in der Politik auf unerwünschte Wechselwirkungen achten.

### **DOCH LIEBER POLITOLOGIN ALS DREHBUCHAUTORIN**

Die fiktive Außenministerin wird wohl nicht mehr auf meine Empfehlungen reagieren können (die letzte Staffel von „Madam Secretary“ wurde 2019 ausgestrahlt). Ich gebe auch zu, dass meine Empfehlungen vielleicht nicht fernsehtauglich sind: Ein dramatischer Erfolgsmoment, wo man nach wochenlangen schwierigen Verhandlungen in letzter Minute doch noch einen geschickten Schachzug spielt, der zu einer Einigung führt, ist hier wohl nicht rauszuholen. Für Politiker:innen, die in Parlamenten und Regierungen arbeiten und konkrete Antworten auf knifflige Fragen suchen, ist aber hoffentlich etwas dabei.

## Kurzbiografien

### DAVID ALBRICH

ist Mitgründer und Koordinator der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik* und setzt sich als politischer Aktivist und Autor für Antirassismus und Klimagerechtigkeit ein. Er arbeitet in der *Volkshilfe Österreich* im Projekt *Kinderarmut abschaffen* und im Bereich Asyl, Integration und Migration.



**DORO BLANCKE** ist Geschäftsführerin des Vereins *Flüchtlingshilfe/refugee assistance - doro blancke*. Als Menschenrechtsaktivistin ist sie seit Jahren für schutzsuchende Menschen an den europäischen Außengrenzen im Einsatz. 2020 wurde sie für ihr Engagement mit dem Ute-Bock-Preis ausgezeichnet. 2023 erhielt sie den Menschenrechtspreis des Landes Steiermark.

### STEPHAN HANDL

ist Jurist, Kultur- und Sozialanthropologe. Seit 2020 ist er als Advocacy & Research Officer bei Amnesty International Österreich für die Themenbereiche Asyl und Migration verantwortlich. Davor war er Leiter des Wiener Schubhaftberatungsteams beim *Diakonie Flüchtlingsdienst*.



## Kurzbiografien



**RONNY KOKERT** ist Kampfsportweltmeister, Konflikt-Coach und leitet das Trainingszentrum *Shinergy Base* in Wien. 2016 gründete er die *Shinergy Freedom Fighters* und trainiert traumatisierte Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. Er engagiert sich aktiv in der Flüchtlingshilfe und schleuste sich in die Lager von Moria und Kara Tepe auf Lesbos ein.

### SARAH LOUISE NASH

ist selbst Migrantin aus Schottland und Senior Scientist an der Universität für Weiterbildung Krems. Sie ist Politikwissenschaftlerin und forscht hauptsächlich zur Politik von Klimawandel und Migration in Europa.



### JUDITH RANFTLER

ist Obfrau der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik*. Sie ist Sozialarbeiterin und leitet in der *Volkshilfe Österreich* den Bereich Kinderarmut, Asyl, Integration und Migration.



## Kurzbiografien

### PETAR ROSANDIĆ

bekannt als Rapper Kid Pex, ist Mitbegründer von *SOS Balkanroute*, einer mehrfach ausgezeichneten humanitären Initiative für ein menschenwürdiges Leben von geflüchteten Menschen in Südosteuropa. Entlang der Balkanroute organisieren er und sein Team regelmäßig Hilfstransporte mit Sachspenden zu den Lagern an der bosnisch-kroatischen Grenze.



### SUSANNE SCHOLL

ist Journalistin, Schriftstellerin und war langjährige ORF-Korrespondentin in Moskau. Für ihre journalistische Arbeit und ihr menschenrechtliches Engagement erhielt sie zahlreiche Preise, unter anderem den Concordia-Preis und das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst. Sie ist Mitgründerin der Plattform *Omas gegen Rechts*.



## Kurzbiografien



### TINA

ist eine mutige und laute Stimme für Kinderrechte. Ihr Engagement und ihr medialer Einsatz als Betroffene des rassistischen österreichischen Asylsystems stärkt den Kampf gegen Kinderabschiebungen.

### ANDREAS WEBER

studierte Soziologie, Geschichte und Philosophie und ist Lektor an der Universität Wien. Er setzt sich in Lehre und Forschung gegenwärtig vor allem mit soziologischen Gesellschaftstheorien sowie soziologischen Fragestellungen im Kontext der Krise der Umwelt und des Klimas auseinander. Eine jüngst veröffentlichte Studie findet sich unter <https://wien.gbw.at/artikelansicht/beitrag/klimakrise-und-lebensweise>.



In Zeiten humanitärer Krisen liegen Verzweiflung und Hoffnung oft nahe beisammen. Die solidarische Zivilgesellschaft stellt sich diesen Herausforderungen und stärkt die Hoffnung auf eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Dieses Buch schafft Inspiration zur Einflussnahme auf den politischen Diskurs. Es ist eine laute Stimme für Menschenrechte und für den Kampf um internationale Solidarität.



Plattform für eine  
menschliche Asylpolitik

**volkshilfe.**

ISBN 978-3-903077-15-7



9 783903 077157

**S**  
PIT  
TEL  
BERG  
VERLAG